Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gesp. Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 39. Sonntag, den 27. September. 1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.

Die Redaktion.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Die Bedeutung des diesjährigen Parteitags liegt darin, daß er sich vorwiegend damit beschäftigte, die Richtlinie der Arbeiterbewegung wieder einmal streng vorzuzeichnen. Dazu bot allerdings die Frage der Beanspruchung der Vizepräsidentenstelle im Reichstage eine nur mehr äußerliche Veranlassung. Als Bernstein. Vollmar u. a. diesen Anspruch mit der Konzession befürworteten, daß der eventuelle sozialdemokratische Vizepräsident der gebräuchlichen Audienz des Präsidiums beim Kaiser beiwohne, da wendete sich die weit überwiegende Mehrheit der Partei deshalb mit großer Schärfe gegen dieses Ansinnen, weil sie dieser immer wieder hervortretenden Drängerei nach rechts überdrüssig ist.

Wer die Dinge näher kennt, dem wird es nicht verwunderlich erscheinen, daß gerade sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete heftig gegen ihre, die Hofgängerei befürwortenden Kollegen auftraten; sind doch die letzteren diejenigen, die in der Fraktion immer und immer wieder die Taktik der Fraktion resp. der Partei in ihrem Sinne umzuändern trachteten und dadurch unliebsame Differenzen hervorriefen. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn die Richtung, die den Klassenkampfcharakter der Partei nicht aufgeben oder verwischen lassen will, die Frage stellt, ob die beiden Richtungen noch fürder zusammenwirken können. Daher die scharfe gegenseitige Befehdung auf dem Parteitag, daher die Forderung, daß der Parteitag in dieser Frage entschieden Stellung nehmen solle, wie es nun geschehen ist.

Was nützt es, wenn die Partei bei Wahlen 2c. geschlossen auftritt, während in ihrem Schoße stets Veränderungen drohen, die das Wesen der Partei völlig umgestalten müßten. Man sage nicht, daß solche Kleinigkeiten, wie die Hofgängerei, den Charakter der Partei nicht änderten. Erstens messen wir der Hofgängerei keine so geringe Bedeutung bei und dann gedenken wir des Wortes: „Mit Kleinem fängt man an.“ Man kennt die Gesinnung des Volkes nicht, wenn man meint, es würde seine Ansicht über die sozialdemokratische Partei um keines Haares Breite ändern, wenn ein sozialdemokratischer Vizepräsident, mit der Autorisation seiner Fraktion ausgestattet, die übliche Audienz beim Kaiser mit seinen Präsidentenkollegen nachsuchte. Der Republikanismus der Partei fände sicherlich die ärgste Verspottung und ernste Anzweiflung im Volke, wenn unser Vizepräsident ungerufen zu Hofe ging. Die Annäherung an den Hof müßte natürlich die Bestrebungen derer unterstützen, die eine Annäherung unsrer Partei an bürgerlichen Parteien wünschen. Schon, um solchen Anfängen vorzubeugen, muß der Parteitag resp. die Partei entschieden Stellung dagegen nehmen. Und das hat erfreulicherweise der Parteitag getan. Er hat nicht nur die Vizepräsidentenfrage abgetan, vielmehr jedem Drängen nach rechts eine scharfe Zurückweisung erteilt.

Obwohl die, denen die bezügliche Resolution des Parteitags galt, selbst dafür gestimmt haben und ihr vielleicht irgendwelche Auslegung zu geben suchen — so läßt sie doch keinen Zweifel darüber, daß sie opportunistische Neigungen oder revisionistische Bestrebungen entschieden zurückweist. Diese Tatsache klärt und festigt die Stellung der Partei; außerdem erleichtert sie — auch das ist nicht zu unterschätzen — unsrer Reichstagsfraktion die Arbeit. Mit Fug und Recht kann innerhalb der Fraktion der revisionistischen Drängerei dieser Beschluß entgegengehalten werden. Worunter wir durchaus nicht verstanden wissen wollen, daß abweichende Meinungen nicht diskutiert werden sollen.

Auch die Mitarbeit sozialdemokratischer Schriftsteller an bürgerlichen Zeitungen oder Zeitschriften betrachtete der Parteitag unter dem Gesichtspunkt, wie weit dadurch eine Annäherung an bürgerliche Parteien sich vollzieht. Und auch in der Beurteilung dieser Frage kam er zu einer klaren Entscheidung. Ob dabei persönliche Differenzen zwischen einer Anzahl Genossen eine nicht angenehme Rolle spielte, kam bezüglich der Kernfrage nicht in Betracht. Es darf über die persönlichen Differenzen der Unmut nicht so aburteilen, daß die mißliebigen Streitereien als die Hauptsache angesehen werden. Die sozialdemokratische Partei ist überhaupt nicht unter dem Gesichtswinkel bürgerlicher Anschauungen, die noch vielen ihrer neu erworbenen Anhänger im Blute stecken, zu beurteilen. Ihr schnelles Wachstum stellt dem einmütigen Zusammenwirken ihrer Anhänger viele Schwierigkeiten in den Weg; darunter sind nicht die geringsten die, daß eben viele der Neugewonnenen glauben, die größte und stärkste Partei könne im bürgerlichen Staat an regierender Stelle mitstehen und mitarbeiten. Nur durch tieferes Eindringen in das Wesen der Partei läutert sich diese Anschauungen. So lange sie sich aber geltend zu machen suchen, kann nur eiserne Disziplin der proletarisch empfindenden Massen ihre der Partei schädliche Propagierung hindern. Einen Durchbruch dieser Anschauungen in der Masse der Arbeiter befürchten wir nicht. Das verhindert schon die brutale Unterdrückung der Arbeiter durch das Unternehmertum und die reaktionären Parteien, die dem Klassenkampf immer größere Schärfe verleihen, statt ihn zu mildern.

Vor allem verspüren das die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die in den täglichen Kämpfen mit dem Unternehmertum die Klassenvorurteile und diktatorischen Gelüste immer drückender empfinden. Von einer Annäherung an die diktatorische Kapitalmacht kann keine Rede sein. Die besitzenden Klassen repräsentieren aber diese Macht und nützen sie zum Schaden der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete aus.

Für die Gewerkschaften ist es also von hohem Wert, wenn die sozialdemokratische Partei in richtiger Erkenntnis der Politik der herrschenden Klassen der Arbeiterbewegung die Richtlinie vorzeichnet, auf der sich der Vormarsch und Kampf gegen die feindliche Macht unserer Gegner zu vollziehen hat. Es müßte zu einem Konflikt in den Gewerkschaften führen, wenn die sozialdemokratische Partei ihre Taktik im Sinne der Revisionisten änderte und eine Annäherung an die bürgerlichen Klassen vollzöge. Selbstverständlich würde das Unternehmertum die Konsequenzen daraus ziehen und die Kämpfe der Arbeiter gegen das ausbeuterische Kapital mit dem Hinweis auf die veränderte Stellung der Sozialdemokratie als unberechtigt erklären und lahm zu legen suchen. Wer die Interessen der Arbeiter vertritt, kann mit deren Gegnern keinen Pakt schließen, der die strikte Wahrnehmung der Arbeiterinteressen erschwerte. An diesem inneren Widerspruch müßte die Arbeiterbewegung scheitern.

Ohne weiteres erklären wir es also für eine Entscheidung von höchster Wichtigkeit, daß der Parteitag beschlossen hat, die altbewährte Taktik des Klassenkampfes beizubehalten. Ob nun die Verhandlungen des Parteitags über diesen Beratungsgegenstand zu breitspurig waren oder ob dabei mancher persönliche Angriff unterlaufen ist, der die Verhandlungen zuweilen unerquicklich machte, fällt dabei nicht schwer ins Gewicht. Die Entscheidung selbst ist wichtig und richtig und gibt dem Dresdner Parteitag einen hohen Wert, der in der Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung, nicht nur der sozialdemokratischen Partei, immer hervorleuchten wird.

Innerhalb der Sozialdemokratie sind eben andere Differenzen auszugleichen, als in bürgerlichen Parteien, ihre Parteitage sind darum anders zu beurteilen, als die derjenigen Parteien, die samt und sonders der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehen. Das Urteil der bürgerlichen Klassen über unsere Parteitage ist nicht höher anzuschlagen, als ihr Urteil über die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung überhaupt. Die Hauptsache ist, daß wir wissen, was wir wollen. Und das hat der Parteitag gezeigt und bekräftigt.

Göttin Justitia.

Ueber den Augen die Binde, in der linken Hand die Wage, in der Rechten das Schwert, so präsentiert sich nach römischem Vorbilde die Göttin der Gerechtigkeit auf ihrem Throne, um wägend und sühnend die irrenden Menschen auf den rechten Weg zu bringen und um die Guten vor den Bösen zu schützen.

Der Mensch soll mit Ehrfurcht zu diesem Bilde aufblicken; denn die Gerechtigkeit, die im gewöhnlichen Leben, im Strudel der widerstreitenden Interessen, leicht abhanden kommt, — hier soll er sie in voller Glorie finden, hierher kann er sich zu jeder Zeit vertrauensvoll vor der Macht des Unrechts flüchten.

Die Binde, die unsre Göttin vor den Augen trägt, deutet an, daß ohne Ansehen der Person geurteilt, daß nur das Vergehen, nicht aber die Person getroffen werden soll, das heißt: gleichgültig für die urteilende Göttin muß es sein, ob ein Bankier etwa oder ein Tagelöhner eine Straftat begangen hat, denn nur auf die Tat kommt es an. Die Persönlichkeit mit ihren außerhalb der Tatgrenze liegenden Eigenschaften, Anschauungen und Gesinnungen verschwindet vor dem prüfenden Blick der Gerechtigkeit, wesenlos wird. Alles, was nicht im Zusammenhange steht mit dem Verbrechen — und es hat gar nichts zu sagen, ob der Angeklagte ein Christ, Heide oder Jude, ein Konservativer, Freisinnsmann oder Sozialdemokrat ist. Denn die Jungfrau Justitia ist rein; sie hat weder Religion noch ist sie antireligiös, und politische oder wirtschaftliche Parteinahme ist ihr fremd, weil das Recht über den Parteien steht. Ihr ganzes Wesen ist durchdrungen von dem heiligen Eifer, die straucheln den und fallenden Menschen auf den Pfad der Tugend zurückzugeleiten. Die Gerechtigkeit und nur die Gerechtigkeit ist ihr Ziel und Zweck, und wenn sie das strafende Schwert sinken läßt auf ein schuldiges Haupt, dann tut sie es wohl mit heimlichem Seufzen und deshalb, um den Verbrecher mittels der Strafe zu bessern.

So ungefähr stellt sich das Ideal der Gerechtigkeit dar. Aber wir leben in einer Zeit, da die Göttinnen zu Stein erstarrt sind und allenfalls auf marmornen Postamenten oder an der Fassade eines Gerichtsgebäudes ein stilles, viel beregnetes Leben führen. Als Symbole also sind sie uns geblieben.

Diejenigen aber, die im Namen der reinen Jungfrau Justitia die Taten wägen und richten, sind Menschen. Und Menschen sind nicht rein im erhabenen Sinne unseres Ideals. Sie können es nicht sein, weil sie mit dem großen, vielgestaltigen und bunten Leben in Berührung kommen, das auf jeden abfärbt und ihn beeinflußt in der einen oder anderen Weise. Und sie sind geboren worden! Das heißt: sie haben von vornherein etwas mit auf den Weg bekommen, das ihr Urteilsvermögen in späterer Zeit mit bestimmt: die allgemeine Naturanlage, körperliche und geistige Dispositionen, gewisse eigentümliche Charaktereigenschaften u. s. w. Davon macht sich niemand los. Und schwer oder gar nicht befreit sich der Mensch von den vielfachen Einflüssen, die die Erziehung auf ihn ausgeübt, — die Verhältnisse, in denen er seine Jugend verbracht und in denen er meistens auch sein ferneres Leben verbringt. Die Jünger der Justitia haben ihren Ursprung durchweg in den besitzenden Klassen. Mit der Muttermilch schon — sofern sie nicht an der Brust einer Amme liegen — saugen sie sozusagen die Anschauungen und Vorurteile ihrer bevorzugten Klasse ein. Und die Interessen der letzteren, die doch auch im wirtschaftlichen und politischen Leben ihren Ausdruck finden und nicht minder ihre Kämpfe, werden auch die ihrigen. So stehen die Richtenden in den allermeisten Fällen weit entfernt von dem intensiven Ringen ums Dasein, das die übergroße Mehrheit des Volkes fortgesetzt führen muß. So ist es kein Wunder, daß sie in den Dienst der Gerechtigkeitsgöttin oft mit Anschauungen treten, die eine zutreffende Würdigung der Dinge zur Unmöglichkeit machen. Die Quelle, aus der der Strom des Verbrechens fließt, bleibt ihnen versteckt; sie dringen nicht ein in die sozialen Ursachen — und die Folge ist ein Anklammern an den starren Paragraphen, an das Wort, an den Buchstaben. —

Urteile mannigfacher Art — wir erinnern an gewisse politische Meineids- und an solche Prozesse, die wirtschaftlichen Arbeiterkämpfen entsprangen — zeigen greifbar deutlich, daß der große Riß, der unsre Welt, unsre Kultur in allen Erscheinungen durchzieht, das Gebiet der Justitia gleichfalls ergriffen hat und daß ein Hüben und Drüben auch hier in die Erscheinung tritt. Urteile sind ergangen, die vom Volke mit einem Schrei des Entsetzens und der Empörung aufgenommen worden sind, und die erklärlich sind nur dadurch, daß Diener der Justitia sich nicht befreien konnten von den Vorurteilen ihrer Klasse. Und wenn sie zehnmal des festen Glaubens sind, Recht gesprochen zu haben, — das Volk ist anderer Meinung und bezeichnet es als Ungerechtigkeit, weil mehr bestraft ist als nur die Tat; weil hier, wenn auch vielleicht absichtslos, der entgegenstehende Klasseninstinkt miturteilte und den politischen und wirtschaftlichen Gegner traf. —

Man wird sich der Entrüstung erinnern, die sich bemerkbar machte, als seinerzeit ein Justizminister den Ausspruch tat: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“ War ein solcher Ausspruch von solcher Stelle nicht sehr bedenklich gegenüber der Möglichkeit, daß sich strebsame Juristen darauf einen eigenen Vers machten?

Zweifellos lassen sich Fälle denken, in denen der angeführte Satz zur Wahrheit werden kann. Wenn der Bankier, um sein Luxusbedürfnis zu befriedigen oder aus Verschwendungs- und Bereicherungssucht die Ersparnisse andrer Leute stiehlt, so ist das sicher etwas ganz anderes, als wenn der Tagelöhner, der arbeitslos ist, einen Griff in den Bäckerladen tut, um von dem Ladentische ein Brot für seine hungernden Kinder zu nehmen. Das Volk würde eine mildere Beurteilung des letzteren Falles natürlich mit Freuden begrüßen, ja, diese Milde fordern, weil die Schuld nicht in der Person, sondern in den Umständen liegt. Hier müssen die sozialen Verhältnisse, hier muß die Notlage des Mannes in Berücksichtigung gezogen werden, weil ohnedem eine gerechte Würdigung der Tat einfach nicht möglich ist.

Was aber hat beispielsweise mit der gerechten Wertung einer Tat zu tun, daß derjenige, der irgend eine Gewalttat begeht, ein „Streiker“ ist? Und doch ist nicht zu leugnen, daß dieser Umstand und weil der Angegriffene ein „Arbeitswilliger“ war, strafverschärfend ins Gewicht fallen kann — heutzutage. Viel eher könnte man sagen: weil der Streikbrecher gegen seine und seiner Arbeitsgenossen Interessen handelte, ist die Gewalttat begreiflich und kann milder beurteilt werden.

Aber — wir verwerfen selber alle physische Beeinflussung in unsern Kämpfen. Wir begreifen es, wenn allzu heißblütige Verfechter der Arbeiterschaft zur Verantwortung und Sühne gezogen werden. Nur etwas verstehen wir nicht:

daß nämlich solche Verurteilungen sich durch eine ganz besondere Härte auszeichnen. Daß die hier verhängten Strafen, wenn man sie denen für Duelle und andre Prügeleien gegenüberstellt, sich in einer oft geradezu erschreckenden Höhe präsentieren!

Man wird zuweilen an das Zuchthausgesetz erinnert — seligen Angedenkens! —, wenn man gewisse Urteile liest. Gewiß, das Gesetz ist nicht in Kraft, aber seine schwarzen Schatten wirft es doch mitunter in die heiligen Tempel der Justitia. Und dafür gibt es nur eine Erklärung: in der Seele des Urteilenden waren Elemente unbewußt in Wirksamkeit, die sich auf der Rednertribüne, in der politischen Presse zu äußern Berechtigung haben, die aber nicht in den Gerichtssaal gehören! Tat und Strafe werden durch derartige Einflüsse, die eine schlecht ausgebildete Selbstbeherrschung nicht zurückzuhalten versteht, in ein oft schreiendes Mißverhältnis gebracht.

Die Folge davon ist, daß im Volke bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein das Wort von der Klassenjustiz erwacht ist, womit das Vertrauen in die Göttin der Gerechtigkeit teilweise zum Teufel ging.

Ein solcher Zustand ist natürlich unhaltbar. Die organisierte Arbeiterschaft, die in ernster Arbeit an dem Kulturfortschritt der Menschheit schafft, hat ein Recht, hat die Pflicht, gegen eine Ausnahmebehandlung Front zu machen. Zunächst muß gefordert werden, daß die Strafgesetze alle erdenkbaren Garantien gegen die Mitwirkung ungehöriger Elemente in der Rechtsprechung, als da sind Klassenurteile u. s. w., in sich aufnehmen.

Weiterhin ist unsre Hauptforderung die Teilnahme des Volkes an der Rechtsprechung, wie sie sich bei den Gewerbegerichten 2c. aufs beste bewährt hat.

Und drittens ist von den gelehrten Richtern ein eingehendes soziales Studium zu fordern, um ihnen die Geschehnisse auf den betreffenden Gebieten verständlicher zu machen. Das wird auch bereits von andrer Seite gefordert. Dr. Auer, ein junger Jurist, hat eine Broschüre herausgegeben, die in dem Satze gipfelt:

„Das kommende Strafrecht wird volkstümlich sein, wenn es dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Rechnung trägt, wenn es sich sowohl der heutigen Kultur anpaßt, wie auch andeutend, vorbauend die Grundlinien zieht zum Strafrecht der künftigen höheren Kulturform, kurz, wenn es im besten Sinne des Wortes ein soziales Strafrecht ist."

Wir geben uns freilich nicht der Hoffnung hin, daß die Göttin Justitia in der heutigen Gesellschaft jemals wird in unantastbarem Glanze erstrahlen können. Die Kämpfe um die Macht, die hier draußen geführt werden, drängen ihre Wellen schließlich auch in die heiligen Tempel der Gerechtigkeit. Denn niemand kann leicht aus seiner Klassenhaut heraus. Die Begriffe von Recht und Unrecht sind allzu verschieden hüben und drüben. Am letzten Ende ist es auch hier eine Macht, die nach unsrer Auffassung der Dinge zuweilen vor Recht geht. Und das geschieht so lange — sagt Lassalle — „bis das Recht nun auch seinerseits eine hinreichende Macht hinter sich hat, um die Macht des Unrechts zu zerschmettern", d. h. um neue Institutionen zu schaffen. Mit den Klassen werden die Klassenurteile verschwinden.

Rundschau.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes berichtet die Halbmonatsschrift Arbeitsmarkt: „Seit Mai zeigt der Arbeitsmarkt im Vergleich mit dem Vorjahre eine stetige Besserung, die während des Juli am stärksten war. Denn die Zahl der Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen ging im Vergleich zu 1902 im Mai um 19,0, im Juni um 24,5, und im Juli um 35,5 zurück. Auch während des Monats August hat sich die Besserung fortgesetzt, wenn auch nicht in dem Grade, wie in den drei vorhergegangenen Monaten. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen kamen nämlich auf je 100 offene Stellen im August 131,5 Arbeitsuchende gegen 148,1 im Vorjahre. Ganz besonders erfreulich ist der Umstand, daß der Andrang auf dem männlichen Arbeitsmarkte von 180,3 im Vorjahre auf 155,4 in diesem Jahre zurückgegangen ist. Wenn auch in einer Reihe von Gewerben die Tätigkeit nach wie vor matt bleibt, so hat doch in anderen der Beschäftigungsgrad so zugenommen, daß während des Monats August die Nachfrage nach Arbeitern merklich gestiegen ist. Der Kohlenmarkt erfreute sich steigender Lebhaftigkeit. Die Versorgung der Händler mit dem Winterbedarf hat auf den Grad der Förderung der Kohlenzechen günstig eingewirkt. In den Großstädten hat die Versorgung mit Kohle zu einer vielfach nicht zu befriedigenden Nachfrage nach Kohlenarbeitern geführt, so in Berlin und Charlottenburg. Durch eine besondere Regsamkeit zeichnete sich auch der Arbeitsmarkt in den Seestädten aus. Nach wie vor unbefriedigend blieb der Geschäftsgang in den eisenverarbeitenden Industriezweigen. Für Schlosser, Dreher 2c. ist es fortgesetzt sehr schwer, Stellung zu erhalten. Auch das Baugewerbe zeigt eine gewisse Mattigkeit, von der aber ein Teil der Großstädte ausgenommen blieb. Die in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter klagen noch immer über eine Kürzung ihres Verdienstes, da die Erzeugung ihre normale Höhe noch nicht erreicht hat."

Und das Reichsarbeitsblatt schreibt: „Der Arbeitsmarkt hat sich im Monat August im allgemeinen günstig gestaltet, es ist in den meisten Industrien, soweit sie nicht teils durch Saisonverhältnisse, teils durch Witterungsverhältnisse in entgegengesetzter Richtung beeinflußt werden, im August ein Anziehen der Konjunktur zu bemerken. Der Kohlenbergbau war sehr gut beschäftigt, in der Metall- und Maschinenindustrie sowie in der elektrischen Industrie machte die Besserung weitere Fortschritte, und auch in der Textilindustrie trat ein nennenswerter weiterer Rückgang der Beschäftigung nicht ein. Die an die Berichterstattung des Reichsarbeitsblatts angeschlossenen Kassen zeigen für den Monat August eine Zunahme des Beschäftigungsgrads um 16,007 gegenüber einer Zunahme von 5505 im Monat Juli und einer Abnahme von 13,892 im Monat Juni. Der Verkehr an den Arbeitsnachweisen hat sich günstig entwickelt."

Die Statistik ist das Rückgrat alles sozialen Fortschritts. An ihr muß sich jede gemeinnützige Arbeit, jede wirtschaftliche Reformtätigkeit immer von neuem orientieren, wenn sie nicht den Boden unter den Füßen verlieren soll. Je mehr sich die Aufgaben des Staats nach allen Seiten erweitern, je höher das Verantwortlichkeitsgefühl der Volksgesamtheit wächst, umso unentbehrlicher wird auch die statistische Erforschung des Staatskörpers. Dabei ergibt es sich dann ganz von selbst, daß der Blick des Statistikers über die Grenzen des eigenen Staats hinüberschweift zu den benachbarten Kulturstaaten. Gibt es doch zahlreiche Erscheinungen auf den mannigfaltigsten Lebensgebieten, die überall einen gleichartigen Ausdruck finden; ebenso wachsen mit der steigenden Kultur auch die staatlichen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander. Damit ergab sich für die Vertreter der wissenschaftlichen Statistik von selbst die Notwendigkeit, auch die internationalen Beziehungen zu pflegen. Beobachtungen über Stand und Bewegung der Bevölkerung, über Wanderungen und Siedlungen im In- und Auslande, die Produktionsstatistik, die Währungs- und Kreditfrage, die Statistik des Transportwesens, insbesondere der Schiffahrt und des Handels sind Gegenstände, welche ein über die Grenzen jedes Landes hinausgehendes Interesse beanspruchen. Während der Naturforscher aber den Vorzug hat, allein und ohne viel persönliche Hilfe seine Untersuchungen auszuführen, bedarf der Statistiker der Vereinigung; er bedarf einer Vielheit von helfenden Beobachtern, die an tausend und abertausend Orten nach gleichen Methoden Beobachtungen anstellen. Solche, die ganze Kulturwelt umfassende Beobachtungen können, wenn zweckentsprechend veranstaltet und zahlenmäßig verarbeitet, dem Staatsmanne sowohl wie dem Gelehrten nur von Nutzen sein. Aus solchen Erwägungen, so schreibt das Berliner Tageblatt, ist das internationale statistische Institut, das jetzt in Berlin zu seiner IX. Tagung zusammengetreten ist, hervorgewachsen. Zwar besitzt es keine amtliche Eigenschaft, aber seine Aufgaben sind trotzdem sehr mannigfaltig. Einmal gilt es, eine möglichste Gleichförmigkeit der Methoden und Formulare herbeizuführen, sodann die Aufmerksamkeit auf neue statistische Probleme zu lenken und durch internationale Veröffentlichungen beständige Beziehungen zwischen den Statistiken aller Länder zu erhalten.

Gewerkschafter im deutschen Reichstag. In den Gewerkschaften Deutschlands gab es vereinzelte Stimmen, welche für die Reichstagswahlen die Aufstellung besonderer Gewerkschaftskandidaten verlangten. Dieselben haben jedoch niemals Anklang gefunden und man hat sie auch noch nie einer ernsthaften Diskussion gewürdigt. Wie wenig berechtigt das Verlangen auch war, hat am schlagendsten der glückliche Ausfall der diesjährigen Reichstagswahlen bewiesen. Eine stärkere Vertretung, schreibt die Schwäbische Tagwacht, im Reichstag können die Gewerkschaften sich vorläufig gar nicht wünschen, als die Wahlen ihnen in der großen Zahl der im Vordergrunde der Gewerkschaftsbewegung stehenden neugewählten sozialdemokratischen Abgeordneten gebracht haben. Wir nennen von diesen in erster Linie Legien, den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands; ferner Bömelburg, Vorsitzender des Maurerverbandes; Schmidt-Berlin, Ausschußvorsitzender des Holzarbeiterverbandes; Meister, Ausschußvorsitzender des Tabakarbeiterverbandes; Hué, Redakteur des Bergarbeiterverbandes; Bock, Redakteur des Schuhmacherverbandes; Geyer, Redakteur des Tabakarbeiterverbandes; Horn, Redakteur des Glasarbeiterverbandes; Körsten, Sekretär der Berliner Gewerkschaftskommission; und weiter noch die bekannten Gewerkschaftler v. Elm (Zigarrensortierer), Sachse (Bergarbeiter), Hildenbrand (Buchdrucker), Schöpflin (Holzarbeiter), Fräßdorf (Töpfer) 2c. Daß die erfahrenen und erprobten Praktiker der Gewerkschaftsverbände besonders befähigt sind, jede Arbeiterinteressen im Reichstag wahrzunehmen, wird niemand bestreiten wollen, weshalb auch der Zuwachs der deutschen Reichstagsfraktion an neuen solchen Kräften sicher allseitig mit großer Freude begrüßt worden ist.

Ein „antisozialdemokratischer deutscher Arbeiterkongreß" wird am 25. und 26. Oktober d. J. in Frankfurt a. M., wahrscheinlich im Evangelischen Vereinshause, stattfinden. Beteiligt sind an demselben von evangelischer Seite der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands (70—75 000), der Bochumer Evangel. Arbeiterbund (8000) und wahrscheinlich auch die Württemberger (3600), Berliner, Chemnitzer und Zwickauer, zusammen über 90 000; die christlichen Gewerkschaften (90 000); der bayrische Eisenbahnerverband (16 000); der bayrische Postbedienstetenverband (7000); der badische Eisenbahnerverband (5000); der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband (47 000); der Gutenbergbund (2500); der christliche Kellnerbund; der katholische Gesellenverein (69 000); und die evangelischen Gesellenvereine (?); endlich die katholischen Arbeitervereine: der Süddeutsche Verband (62 000), der Westdeutsche (63 000), der Mainzer (10 000), der Berliner (44 000). Das macht zusammen über 510 0000 Arbeiter und Angestellte der Industrie. Erster Vorsitzender wird mutmaßlich F. Behrens (Berlin), zweiter Vorsitzender Adam Stegerwald (Köln) sein. Referate werden gehalten werden von Schiffer (Krefeld) über Koalitionsrecht, von J. Bärrn (Frankfurt a. M.) über Vereinsgesetzgebung, von W. Schock (Hamburg) über Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und von Giesberts (M.-Gladbach) über Arbeitskammern. — Auf die Ergebnisse dieses „Arbeiter"-Kuddelmuddels darf man gespannt sein.

Die Notlage der Handweber im südlichen Grenzbezirk der Grafschaft Glatz, so schreibt man dem Berliner Tageblatt, gibt zu sehr ernsten Befürchtungen für den Winter Anlaß. Schon im vorigen Winter war, wie man uns aus Glatz schreibt, die Arbeitsgelegenheit so schlecht, daß der Hunger ständiger Gast in vielen Familien war. Die Kartoffeln, das „tägliche Brot" dieser armen Leute, waren infolge einer Mißernte sehr teuer, und diesen Winter werden sie, da der nasse Sommer eine allgemeine Kartoffelfäule bewirkt hat, noch teuerer sein. In den Tscherbenyer Grenzbezirken werden hauptsächlich leichtere Gangarten, das heißt Sorten Webereien, deren Herstellung nicht so schwer ist, gearbeitet, z. B. weiße Bettlaken, Militärzüchen, Pulversäcke und dergleichen. Die Filiale Kudowa der Handwebereiorganisation hat noch keinerlei Aufträge in leichteren Gangarten bekommen. In der vergangenen Woche erhielten schon die Scherer, welche die Ketten für die genannte Filiale verarbeiten, keine Arbeit mehr. Dadurch werden zunächst viele Hausspuler, die für die Scherer die Garne spulten, arbeitslos. Freilich verdienten diese Leute bisher auch nur 25 bis 30 Pfg. täglich, aber dieses Geld reichte hin, sie mit knapper Not am Leben zu erhalten. Im vorigen Herbst schränkten die Langenbielauer und Reichenbacher Fabrikanten ihre Arbeitsaufträge an die Handweber der südlichen und westlichen Grafschaft erheblich ein, wodurch schon eine schwere Not unter den Hauswebern eintrat. Aber immerhin konnten doch noch gegen 300 Handweber Aufträge von der Filiale Kudowa der Handwebereiorganisation erhalten; jetzt jedoch kann auch diese Filiale keine Arbeit mehr vergeben, da ihr die entsprechenden Aufträge nicht vorliegen. Auch vom deutschen Offizierverein, der sonst alljährlich große Bestellungen aufgab, sind noch keine Aufträge eingetroffen. Die Handweberbevölkerung ist daher um die Zukunft in großer Sorge. Wenn kein Wandel in der Arbeitsgelegenheit eintritt, wenn keine Gelegenheit zum Erwerb gegeben wird, so befürchten sie einen größeren Notstand für den Winter, als er seit langem gewesen ist. Bisher konnte eine regelrechte Hungersnot nur dadurch abgehalten werden, daß nur ein Bruchteil der Handarbeiterbevölkerung hinter dem Webstuhl saß, der übrige Teil hatte Beschäftigung beim Bahnbau, auf der Feldarbeit mit Ziegeleien, bei Hausbauten 2c. gefunden. Alle diese Arbeiten werden aber beim Eintritt des hier sehr strengen Winters eingestellt, so daß sich das Heer der Arbeitslosen dann ganz erheblich vermehren muß.

So steht's in der besten der Welten!

Die bayrischen Aerzte haben in einer Versammlung, die am Sonnabend in München stattfand, die Selbsthilfe gegenüber den Krankenkassen proklamiert. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: „1. Die bayrische Aerzteversammlung erklärt sich mit den Vorschlägen zur wirtschaftlichen Organisation der Aerzte Bayerns einverstanden. Sie erklärt die schleunige Errichtung örtlicher Verbände mit Vertrauenskommissionen für Krankenkassenangelegenheiten als die dringlichste Aufgabe für sämtliche Aerzte und Aerztevereine Bayerns. Es soll sogleich eine Zentrale für die wirtschaftliche Organisation im engen Zusammengehen mit dem Ausschusse der bayrischen Aerztekammern geschaffen und mit den notwendigen Vorarbeiten betraut werden. 2. Die bayrische Aerzteversammlung fordert ferner alle bayrischen Aerztevereine auf 1. alle mit gesetzlichen Krankenkassen, freien Hilfs-, Betriebs- und Innungskassen bestehenden Verträge daraufhin zu prüfen, ob sie nicht standesunwürdige Bestimmungen enthalten; 2. alle nicht entsprechenden Verträge womöglich noch zum 1. Oktober d. J. mit Einhaltung der vorgeschriebenen Kündigungsfrist zu kündigen; 3. bei allen neu abzuschließenden Verträgen freie Arztwahl, standesgemäße Honorierung und gemischte Kommissionen unter dem Vorsitze eines selbstgewählten unparteiischen Juristen festzusetzen."

Zur Bekämpfung des Alkoholgenusses hat die preußische Regierung nach der Deutschen Weinzeitung dem Bundesrat eine Novelle zur Gewerbeordnung vorgelegt. Danach soll u. a. den Landesbehörden die Befugnis eingeräumt werden, zu bestimmen, daß den Schenkwirten durch die Konzessionsbehörden auferlegt werden kann, bestimmte kalte Speisen und bestimmte nichtgeistige Getränke zur Verabfolgung an die Gäste bereit zu halten. Ferner sollen die Landesregierungen befugt sein, zu bestimmen, daß die Erlaubnis zum Betriebe der Schenkwirtschaft unter Bedingungen erteilt werden kann, welche die Annahme weiblichen Arbeits- und Hilfspersonals beschränkt oder aufhebt. Die Schenkwirte dürfen den Gästen Getränke, von Notfällen abgesehen, zum Genuß auf der Stelle nicht auf Borg verabreichen. Die Forderungen für Getränke, welche den vorstehenden Vorschriften zuwider verabfolgt worden den vorstehenden Vorschriften zuwider verabfolgt worden sind, sollen weder eingeklagt noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden können. Der Verlust der Konzession zum Betrieb der Gastwirtschaft soll u. a. eintreten können, wenn der Besitzer ohne Vorwissen von der Uebertretung des Stellvertreters bei der unter den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebs, oder bei Auswahl oder der Beaufsichtigung der Vertretung es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen. — Wir können die Bekämpfung des Alkoholismus durch Polizeimaßregeln nicht für richtig anerkennen. Diese Einmengung der Polizei in ein ihr fremdes Gebiet wird nur begründete Opposition wachrufen. Zur Verminderung des Alkoholgenusses dient dieser äußere Zwang dagegen nicht.

Die Sozialdemokratie im hohen Norden macht recht erfreuliche Fortschritte. Bei den in den letzten Wochen stattgefundenen Wahlen zum Storthing, dem norwegischen Reichstage, haben unsere Parteigenossen bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Die von ihnen aufgebrachte Stimmenzahl hat sich mehr als verdoppelt und fünf Mandate haben sie errungen, während sie vorher keins besaßen. Im Amt Tromsö wurden drei Sozialdemokraten gewählt. Also im äußersten Norden des Landes, im Reich der Mitternachtssonne, hat die Idee des Sozialismus triumphiert. Könnte die weltumfassende Bedeutung unserer Bewegung erhebender zum Ausdruck kommen als in diesen Erfolgen im Grenzland menschlicher Kultur?

An die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins und Vororte.

Wie bereits schon bekannt gegeben, ist der seit 19 Jahren bestehende Kranken-Unterstützungsverein der Tabakarbeiter Berlins (früherer Medizinalverein) unter dem 1. September als volle Krankenkasse unter dem Namen: **Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins** (E. H. 88) mit ministerieller Zulassung in Kraft getreten. Dieselbe gewährt Arzt, Medikamente, sonstige Heilmittel, sowie Kranken- und Sterbegeld.

Diejenigen Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, welche gewillt sind, dieser Kasse beitreten zu wollen, namentlich aber diejenigen, welche durch die verzögerte Genehmigung der Statuten in die Ortskassen hinein gedrängt worden sind, werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bis inkl. 30. September die Altersgrenze aufgehoben ist und die oben erwähnten Mitglieder der Ortskassen bis zu demselben Termin ihre event. Kündigung an diesen Ortskassen einzureichen haben.

Aufnahmescheine und Beitrittserklärungen sind in den bekannten Kassenlokalen, außerdem bei Karl Butry, Stralsunder Straße 41, III, sowie bei Wilhelm Schulze, Immanuelkirchstraße 14, Hof r. III, zu haben.

Der Vorstand: Karl Butry.

Berichte.

Geldern. Am 13. September tagte hier eine Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes im Lokale des Herrn Teehafen. Tagesordnung: 1. Was bietet der Verband seinen Mitgliedern? 2. Diskussion. Die Versammlung wurde vom 1. Bevollmächtigten Kollegen van Wickeren eröffnet. Er begrüßte die Versammlung und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß bis auf drei Mann alle Mitglieder erschienen wären. Er betonte, daß es uns hier am Orte nicht möglich ist, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, weil dafür unser Lokal zu klein sei und erteilte dann dem Verbandssekretär Kollegen Faure zum 1. Punkt der Tagesordnung das Wort. Kollege Faure verstand es, in seiner einstündigen Rede den Wert und Zweck des Verbandes den Mitgliedern klar vor Augen zu führen, die den Vortrag mit Aufmerksamkeit entgegennahmen. Reicher Beifall lohnte den Redner. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung stimmt den

Ausführungen des Referenten vollständig bei und verpflichtet sich, unaufhörlich für den Verband zu agitieren, um ihm neue Mitglieder zuzuführen." Das Schlußwort erhielt der Referent; er betonte nochmals, treu zum Verband zu stehen und sich nicht von ihm abschrecken zu lassen, sei es, von welcher Seite es sei. Die Versammlung wurde vom 1. Bevollmächtigten mit einem Hoch auf den Tabakarbeiterverband geschlossen.

Gera. Am Montag, 7. September, fand in Zippels Restaurant eine leider recht schwach besuchte Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Was bietet der Deutsche Tabakarbeiterverband seinen Mitgliedern? 2. Verschiedenes. Der 1. Bevollmächtigte Kollege Kitzing eröffnete die Versammlung und erteilte sodann dem Referenten Kollegen Deichmann das Wort. Redner schilderte in seinem einstündigen interessanten Vortrag die traurige Lage der Tabakarbeiter und machte den Anwesenden klar, daß nur eine starke Organisation Besserung schaffen kann. Sodann erläutert Redner die neuen Unterstützungssätze und bemerkt, daß diese noch ein Rohbau sind, welcher geglättet werden muß, wozu die nächste Generalversammlung Gelegenheit haben wird. Zum Schluß fordert der Referent jedes Mitglied auf, treu zum Verband zu halten und auch so viel wie möglich für ihn zu agitieren. In der darauffolgenden Diskussion nahm zuerst Kollege Scherf das Wort und tadelte das Verhalten der Generalversammlung betreffs der Dresdner Urabstimmung. Bauer schließt sich diesem an, kritisiert auch noch den Hauptvorstand, der doch darüber zu wachen hätte, daß derartige Rechtsbrüche nicht vorkommen. Weiter beteiligten sich an der Debatte noch die Kollegen Schmelzer, Rukopf, Kitzing, Beier, Fähndrich, Winde und Poser. Nachdem Kollege Deichmann sämtlichen Rednern zur Zufriedenheit geantwortet, ist der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt. Darauf wird Kollege Kitzing einstimmig als Gewerbegerichtsbeisitzer vorgeschlagen. Sodann schildert Kollege Deichmann den Streik in Bischofswerda, worauf die Versammlung 15 Mk. aus der Lokalkasse zur Unterstützung dieser Kollegen bewilligte. Desgleichen warf man zur Unterstützung der ausgesperrten Crimmitschauer Textilarbeiter 10 Mk. aus.

Bischofswerda. Zu dem Ausstand bei der Firma Lange ist zu bemerken, daß noch keine Aenderung eingetreten ist und vor der Hand keine Aussicht auf Verständigung zu sein scheint. Denn wie der Meister Blümel verraten hat, ist Herr Lange nicht geneigt, vor vier Wochen zu verhandeln; sollten die Arbeiter aber eher kommen, so würde L. verreist sein. Sehr angenehm wird es der Firma nicht sein, daß alle Abmachungen schon im voraus von seiten des Meisters veröffentlicht werden. Der Zusammenhalt der Ausständigen ist tadellos.

Die Kommission.

Briefkasten.

J. H., Heilbronn. Ich habe bis jetzt noch keine weitere Vorladung bekommen und weiß gar nicht, wie die Sache steht. G.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Ahlenhorst**, Mozartstr. 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Karl Kraszig, Dresden, Schanzenstr. 3, II.

Eingegangen: Eimsbüttel 200 Mk., Verden 350 Mk. Sa.: 550 Mk.

Zuschüsse: Untergrombach 100 Mk., Durlach 40 Mk., Neumarkt 50 Mk., Görlitz 80 Mk., Frankfurt 75 Mk., Halberstadt 100 Mk. Krankengelder: 113.85 Mk. Summa: 558.85 Mk.

Hamburg, den 21. September 1903. **P. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, das Mitgliedsbuch des **Karl Lantzsch** aus **Lommatzsch**, Ser. II, 21037 (eingetr. 12. 2. 98) — derselbe hat in Würzburg 1.46 Mk., ferner in Offenbach, Pfungstadt, Mannheim und Karlsruhe noch weitere Unterstützung zu Unrecht erhalten — einzusenden, um festzustellen, wieviel Genannter zu viel erhalten. Gleichzeitig bitten wir um den Aufenthalt desselben.

Das Mitglied **Heinrich Vorderbrügge** aus **Wallenbrück**, Ser. III, 09881 (aufgenommen 6. 7. 02) hat in Minden zweimal Unterstützung erhalten, wovon derselbe 1.02 Mk. zurückzahlen muß.

Das Mitglied **Eduard Rathgeber** aus **Eschwege**, Buch Ser. II, 12678 (aufgen. 4. 2. 99), hat in diesem Jahre 11 Mk. Reisegeld zu viel erhalten. Derselbe muß diesen Betrag zurückzahlen. Wir ersuchen die Bevollmächtigten, den Betrag einzuziehen.

Das Mitglied **Fr. Ladendorf**, Buch Ser. II, 23826, erhielt in Hannover 1.36 Mk. zu viel. Wir bitten, den Betrag einzuziehen.

Die Mitglieder **Karl Scheibelt** aus **Nordhausen**, Ser. III, 26481, und Frau **Anna Scheibelt** aus **Bünde**, Ser. III, 26488, zur Zeit in Scharmbeck, sind nach § 15, Abs. 2, gestrichen.

Die Mitglieder **Joh. Vogt** aus **Wansen**, Ser. III, 14149, und **Adelheid Tilgner** aus **Friedland**, Ser. III, 24751, sind nach § 15, Abs. 2, gestrichen.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, einmal im Reiseunterstützungsbuch nachzusehen, ob das Mitglied **W. Grammann** noch auf ein anderes Buch, wie Ser. III, 17118, Reiseunterstützung in diesem oder im vorigen Jahre erhalten hat. Trifft letzteres zu, so ersuchen um sofortige Nachricht.

Bremen. **Der Vorstand.**

Achtung! Die Herren Bevollmächtigten ersucht um die Adresse des Zigarrenmachers **Heinrich Bierwierth** aus **Northeim**

Alfred Streiber, 1. Bevollmächtigter,
Altenburg, Geraer Str. 12b.

Vom 16. bis 22. September 1903 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

		M ₰			M ₰
14. September.	Neustadt (Oberschl.)	75.—	18.	Edingen	40.—
15.	Chemnitz	50.—	20.	Kreuznach	25.—
15.	Elbing	5.—	20.	Hartha	150.—
15.	Liebschwitz	124.—	21.	Hastedt	100.—
16.	Kellinghusen	50.—	21.	Nordhausen	500.—
17.	Ottensen	500.—	21.	Altenburg	100.—
			21.	Hamburg	300.—

B. Freiwillige Beiträge:

20. September. Gera, Lokalkasse für Bischofswerda, durch Benni Joseph . . . . . 15.—

C. Für Protokolle der Generalversammlung:

20. September. Hartha, Agnes Greschwitz 1.40
21. Achim, A. Tengeler . . . . . —.80

NB. Den Bevollmächtigten zur Kenntnisnahme, daß die Abrechnungsformulare für das 3. Quartal 1903 bis zum 24. September versandt sind und, falls dieselben nicht in ihren Besitz gelangt sein sollten, uns umgehend davon Mitteilung zu machen ist.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen, den 22. September 1903. **W. Nieder-Welland**, Kassierer.
Marktstraße 18, II.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Glückstadt:** Ernst Hahn als 1. Bev.; Julius Ploen als Kontrolleur.

Für **Schweidnitz:** Ernst Schmidt als 1. Bev.

Provisorisch aufgenommen sind:

Anna Trebuth aus Löwendorf bei Trebbin, Gustav Hinze aus Cliestow bei Trebbin. (346)

Emma Nitsche, Frida Dietze, Luise Röser, Auguste Martha Plagwitz, Wilhelmine Pauline Richter, Emma Dietel aus Hartha, Alma Martha Laube aus Steina, Henriette Lippmann aus Neuhausen, Selma Franz aus Hermsdorf. (149)

Otto Ullmann aus Stollberg, Anton Riedel aus Colditz (beide z. R.), Willy Buhle aus Dresden, Ernst Borrmann aus Hainichen b. Dresden, Ludwig Hinke aus Breslau, Rosa Heyl, Marie Genehr, Gertrud Genehr, Anna Nonhoff, Martha Riedel aus Dresden, Anna Zeißig aus Niederlangenau, Hedwig Gläser aus Pirna, Helene Spranger aus Schöneck i. V., Agnes Kohlmann aus Kamena, Selma Weicht, Selma Wehse aus Freiberg, Karl Lieberknecht aus Eschwege, Joseph Pankalla aus Neiße, Paul Enge aus Kunzendorf, Berta Beckmann, Katinka Goldbach, Martha Koch aus Dresden, Auguste Nenkirchner, Elwine Günzler aus Suhl i. Thür., Martha Walter aus Gruna-Dresden, Berta Buhl, Pauline Nehe aus Gießmannsdorf bei Zittau, Karoline Fey aus Kautz i. Böhmen, Luise Gäbler aus Schwerta, Anna Scholze aus Niederkreibitz, Helene Kaiser aus Mükenberg. (67)

Wilh. Cron aus Mühlhausen. (214)

Aug. Gehrdau aus Borstel bei Winsen, Christoph Steinbeck, Wilh. Niehus, Otto Buchtmann, Martin Weselmann aus Winsen a. L. (376)

Otto Brehm aus Frankfurt a. O. (z. R.). (101)

Rich. Stötzer, Herm. Lehmann aus Jüterbog (beide z. R.), Herm. Geserig aus Luckenwalde. (192)

Ida Fenska geb. Linke aus Eichberg b. Prittisch. (9)

Joh. Jostes aus Sulingen. (316)

Gretchen Bernhardt aus Pfungstadt. (53)

Wilh. Wehmeier aus Rehme, Henriette Wehmeier geb. Voß aus Hausberge. (289)

Wilhelm Winkler aus Achim. (111)

Heinrich Kampmeyer, Herm. Führing aus ? (350)

Gust. Krüger aus Schönfeld, Berta Kramer, Gustav Krause aus Schwiebus. (331)

Wilh. Ottens aus Bremen. (34)

Frau Peekel aus Schaag, Franz Boberschmidt aus Erwille. (197)

Georg Büb aus Haßloch. (332)

Frau Groß aus Hastedt, Heinr. Kemeyer aus Verden. (3)

Marie Lehnert aus Thiemendorf, Frida Nestler aus Chemnitz, Elsa Fischer, Martha Bauer, Artur Feldmann, Emil Wiedrich aus Oederan. (266)

Heinrich Schulz aus Lässig. (237)

Wilhelm Sawall aus Zarnikau-Hammer. (317)

Frau Auguste Dietrich aus Kunzeindorf, Gust. Deckert aus Jauer, August Diembeck aus Werther i. W. (471)

Wilh. Bens aus Blotho. (350)

W. Lange aus Forst, W. Schuster aus Kirchlengern (beide z. R.). (180)

Paul Hentzschel aus Hinderhermsdorf. (469)

Fritz Kreutz aus Lippstadt, Wilhelm Klaumann aus Wilfrath (beide z. R.). (69)

Frau Karoline Böning aus Rinteln. (353)

Berichtigung. In Nr. 33 muß es unter „Zur Aufnahme haben sich gemeldet" nicht heißen: Aug. Holle, sondern Aug. Hottel.

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. **Der Vorstand.**

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In **Glückstadt:** Durch den 2. Bev. Ludw. Paasch, Am Hafen 48. Zu jeder Tageszeit.

In **Osnabrück:** Im Lothringer Hof, Zentralverkehr der freien Gewerkschaften, Johannisstraße 45. Von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends.

In **Schweidnitz:** Durch Ernst Schmidt, Bolkostr. 11. An Wochentagen von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr Mittags.

Adressenänderungen:

Für **Chemnitz:** Der 2. Bev. Florenz Graupner wohnt vom 1. Oktober an Sonnenstr. 30, III.

Für **Glückstadt:** Der 1. Bev. Ernst Hahn wohnt Reichenstr. 39.

Für **Leipzig:** Der Vertrauensmann Gustav Lehmann wohnt jetzt Kolonnadenstr. 17, IV. Reiseunterstützung wird im Verkehrslokal Römischer Hof, Mittelstr., ausgezahlt. Kassenabend jeden Sonnabend dortselbst.

Für **Osnabrück:** Der 1. Bev. Wilh. Wente wohnt vom 1. Oktober an Spindelstr. 25, I.

Für **Schweidnitz:** Der 1. Bev. Ernst Schmidt wohnt Bolkostr. 11.

Für **Trebbin:** Der 1. Bev. Herm. Kahle wohnt Trebbin, Lindenstr. 10.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euere Versammlungen zahlreich!)

In **Bremen:** Dienstag, den 29. September, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Joh. Lünzmann. Tagesordnung: 1. Rechnungsablage. 2. Botenwahl. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Werther i. W.:** Sonnabend, den 3. Oktober, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Brüning. — Um regere Beteiligung an der Versammlung ersucht J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Buttstädt:** Sonntag, den 11. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthause zur Erholung. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. — Die auswärtigen Kollegen sind ganz besonders freundlich eingeladen. Ebenso werden alle Mitglieder ersucht, ihre Beiträge bis zum 11. Oktober begleichen zu wollen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Berlin. Herberge und Arbeitsnachweis Weinstr. 11 bei Feind. Sprechstunden Wochentags von 10—11 Uhr Vormittags und 5—6 Uhr Abends. — Reiseunterstützung bei Paul Ratajczak, N., Pappel-Allee 7, vorn IV, Wochentags von 12—1 Uhr Mittags und 6—9 Uhr Abends, Sonntags von 10—12 Uhr Vormittags. — Beiträge werden entgegengenommen Montags von 7—10 Uhr Abends Ruppiner Str. 42 (Ecke Schönholzer Str.) und Adalbertstr. 4; Sonnabends von 7—10 Uhr Abends bei Feind, Weinstr. 11.

J. A.: **Die Bevollmächtigten.**

Liegnitz. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis zum 1. Oktober zu begleichen, damit die Abrechnung pünktlich erfolgen kann. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Seifhennersdorf. Alle nach hier steuernden Mitglieder werden hiemit aufgefordert, ihre Beiträge bis zum 26. September zu begleichen, damit die Abrechnung pünktlich erfolgen kann. J. A.: **Der Vertrauensmann.**

H. Edling, Bremen
grösstes Tabak-Detail-Geschäft
empfiehlt
Sumatra Decker à 110, 120, 130, 140, 150, 160, 180, 190, 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350 ₰.
Sumatra Umblatt à 90, 95, 100, 110, 120 ₰.
Java Decker à 140, 150, 170, 180, 200 ₰.
Java Umblatt à 85, 90, 95, 100, 110, 120, 130 ₰, Einlage 75, 80, 85, 90 ₰.
Brasil Decker à 130, 140, 150, 170 ₰.
Brasil Einlage u. Umblatt à 75, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120 ₰.
Jara u. Cuba à 100, 110, 120, 130 ₰.
Havanna à 110, 120, 150, 200, 250, 300, 450 ₰.
Mexiko à 110, 220, 260 ₰.
Seedleaf Umblatt à 75, 80, 90, 100 ₰.
Domingo Umblatt à 75, 80, 85, 90, 100 ₰, losen à 70 ₰.
Carmen Umblatt à 75, 80, 85, 90, 100, 110 ₰, losen à 70 ₰.
Losgut, Einlage u. Umblatt, 70, 75 ₰.
Gemischte Original-Tabake 80 ₰.
Versand unter Nachnahme.
Kredit nach Uebereinkunft.

Tüchtiger **Zigarrenarbeiter** mit Wickelmacher erhält bei gutem Lohn und Material dauernde Beschäftigung bei **Ferdinand Nixdorf, Friedland** (Bezirk Breslau).

Eine tüchtige **Wickelmacherin** wird per sofort nach **Kassel** gesucht. Lohn 2.50 bis 3 Mk. Auskunft erteilt der 1. Bevollm. **Alfred Kiel, Kassel**, Waisenhausstraße 6.

Gelegenheitskauf!
Eine größere Partie
Java-Umblatt
gebe packenweise mit 90 Pfg. pro Pfund verzollt ab
C. Strohmann, Bremen, Tannenstr. 36.

Alle Roh-Tabake
in grösster Auswahl, billigste Preise.
Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämtliche Utensilien z. Cigarrenfabrikation.
Sehr große Auswahl von **Formen** in jeder Façon zu Original-Fabrikpreisen.
Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenst. 185.
Man verlange illustriertes Preisverzeichnis.

Ia. Grus à 40, 50, 65, 75. **Braf. Losgut** 80. **große Pfälzer** 75, ff. **hell Deli** 2½ bis 3 M off. **Kemmler Nfg., Breslau 6.**

Ein jüngerer Arbeiter
im **Wickel- und Zigarrenmachen** gut geübt, erhält sogleich dauernde Arbeit. Lohn pro Mille bei gutem Material 8 Mk. Vereinsmitglieder bevorzugt.
E. Schneider, Zigarrenfabrik
Roda, Sachsen-Altenburg.

H. Kurnicker
Berlin N. 54, Lothringer Str. 8, pt.
empfiehlt **Roh-Tabak**
zu anerkannt billigen Preisen.

Habe noch dauernde Arbeit für 8 Mk. frei. Die früheren Arbeiter werden bevorzugt.
Heinemann
Hoheneggelsen.

Zigarrenmacher, welcher selbst Wickel macht, sofort gesucht.
Lina Schreiber, Riesa, Hauptstraße 44.

Unserm Kollegen **Albert de Kreuf** ein Hoch zum Geburtstag.
Hentsche u. Haase, Halberstadt.

10 bis 15 Zigarrenmacher
mit oder ohne Wickelmacher gesucht.
Eintritt sofort. Rollerlohn 4.80—7 M, Wickel 2—3 M bei freier Zurichtung.
Carl Gräff, G. m. b. H.
Kreuznach, Dessauer Straße 32.

Tücht. Zigarren- u. Wickelmacher
gesucht. Näheres durch den 1. Bevollm.
G. Klose, Sprottau, Rosenstraße

Junger **Zigarrenmacher**, der selbst Wickel machen kann und auf alle Fassons eingearbeitet ist, sucht Stellung. Offerten erbeten unter **R. K. 100, postlagernd Rahden** (Kreis Lübbecke).

Ein tüchtiger Sortierer (Vereinsmitglied), der auch Zigarren machen kann, sucht sofort oder bis zum 15. Oktober dauernde Stellung. Selbiger ist in der ganzen Fabrikation vollständig eingeweiht und besitzt die besten Zeugnisse von den größten Städten Deutschlands. Auch ist Suchender bereit, eine kleine Fabrik zu leiten. Offerten bitte an den 2. Bev. **G. Sommer, Delmenhorst**, Luisenstraße, zu richten.

Ein guter Sortierer, der nebenbei mit Zigarren machen kann, erhält sofort dauernde Stellung. **Carl Dökert**, Zigarrenfabrik, **Bischofswerda i. S.**

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenmacher **Otto Träger**, der in Kotzenau gearbeitet hat, befindet, werden ersucht, dessen Adresse mir gefälligst zukommen zu lassen. Die Kosten werden vergütet. **Paul Herder, Liegnitz**, Mittelstraße 70.

Was beginnen wir mit unsrer Tochter?
Wir empfehlen den Besuch unsrer Hausmädchenschule verbunden mit unsrer **neu** eingerichteten **Kochschule** zur gründlichen Erlernung der **feinen** und bürgerlichen Küche, sowohl für **künftige Hausfrauen**, als **tüchtige Köchinnen. Letztere sind sehr gesucht, werden gut bezahlt und mangeln fast ganz.** Ferner Ausbildung zu Fröbelschen Kinderfrl. I. und II. Kl., Stützen, Jungfern, Hausmädchen. — Kursus 2—6 Monate. Jede Schülerin erhält wiederholt Stellung, ebenso jede Stellensuchende. Beste Quelle für weibliches Personal. Prospekte vers. gratis und franko die **Hausmädchenschule Erna Grauenhorst, Berlin, Wilhelmstraße 10.**

Unsrer Freundin und Kollegin **Thea Pangratz** zu ihrem am 28. September stattfindenden Geburtstage die besten Glückwünsche und ein dreimal donnerndes Hoch! **E. A. W. K.**

Thea, denken auch an uns!

Unserm Kollegen **Paul Deumlich** aus **Breslau** zu seinem am 29. September stattfindenden Wiegenfest ein donnerndes Hoch!

Kollegen der Zahlstelle Priebus.

Briefkasten.

C. G., Kreuznach 70 ₰. — **E. S., Roda** 70 ₰. — **F. N., Friedland** 1 M. — **R. T., Sprottau** 40 ₰. — **H. u. H., Halberstadt** 30 ₰. — **P. H., Liegnitz** 70 ₰. — **Koll., Priebus** 50 ₰.

Ausnahme-Preise!

Infolge großer Bar-Einkäufe gebe zu nachstehend äußerst billigen Preisen ab: **St. Felix-Brasil, lose Einlage,** sehr zu empfehlen, 65 Pfg., gedockt 75 Pfg., mit **Umblatt** 85, 90, 100 Pfg., **Decker** 130, 140, 160, 200 Pfg. — **Borneo, Decker,** setzt sofort schneeweiß an, ist zart, zugfest und sehr deckfähig, 150 Pfg. — **Sumatra, Decker,** helle Farben, 150, 200, 220, 250, 275, 300, 350, 400 Pfg., dunkelbraun 150, 180, 200 Pfg., feinstes **Umblatt** 110 Pfg. — **Java, Decker,** 2. Länge Vollblatt, 110, 120, 130 Pfg. — **Vorstenland, Decker,** braun, 140, 160 Pfg., feine helle Farben 180, 220 Pfg., **Umblatt,** großblattige, alte, leichte Ware, 110 Pfg., **Umblatt und Einlage** 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker,** großblattig, dunkel 130 Pfg., hell 220, 240 Pfg. — **Havanna, Decker,** feine Mittelfarben, zartes, volles Blatt, tadelloser Brand 450 Pfg., **Einlage** 125, 150, 200 Pfg. — **Seedleaf, Decker und Umblatt** 100, 110 Pfg. — **Carmen, Umblatt** 80, 85, 90, 100, 105 Pfg. — **Domingo, Umblatt** 80, 85, 90, 100 Pfg.

Ferner empfehle ca. 120 Zentner vorzüglich gemischtes, rein überseeisches **Losgut,** meist **Umblatt,** für 75 Pfg. per Pfund.

Preise verzollt. Versand unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen.

Fernsprecher 3946. **Neustadtswall 36.** Fernsprecher 3946.

Rohtabak-Versand!

Versende von 9 Pfund an fracht- und portofrei, verzollt gegen Nachnahme:

Sumatra	per Pfd. ℳ 1.00—4.00	St. Felix-Brasil	per Pfd. ℳ 0.85—2.40
Java	„ „ „ 0.90—2.50	do. geschnitten	„ „ „ 0.90—1.10
Havanna	„ „ „ 1.30—7.00	Seedleaf	„ „ „ 0.90—1.30
Mexiko	„ „ „ 1.30—4.00	Domingo	„ „ „ 0.70—1.30
Yara Cuba	„ „ „ 2.00—3.50	Carmen	„ „ „ 0.85—1.50

sowie alle sonstigen gangbaren Sorten zu bekannt billigsten Preisen.

Preisliste gratis und franko. **Preisliste gratis und franko.**

Adolph Hinsch
Altona bei Hamburg.

Zu bekannt billigen Preisen **Roh-Tabake** von bester Qualität.

Albert Steen, Bremen.

Sumatra-Decker von tadellos **weißem Brand, feiner Qualität und schönen Farben.** 1., 2. und 3. Vollblatt-Längen in allen Farben und Preislagen von 120—400 Pfg.

Sumatra-Umblatt zu 100, 105, 110, 115, 120 Pfg.
Java-Umblatt 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120 Pfg.
Java-Einlage mit Umblatt 80, 85 Pfg.
St. Felix-Brasil Decker von 160—220 Pfg. Decker mit Umblatt 120 Pfg. Einlage u. Umblatt 85, 90, 95, 100, 105, 110 Pfg.
Mexiko-Decker von 180—250 Pfg.
Vorstenlanden-Decker v. 110—250 Pfg.
Havanna-Einlage 140, 160 Pfg. und **hochfeine** Qualität zu 200 Pfg.
Domingo, großblattig und fein 80, 85, 90, 100 Pfg.
Carmen, zart, großblattig und braun, 72, 75, 80, 90 Pfg.
Seedleaf 75, 80, 90, 100 Pfg.

Mein allgemein beliebtes **Losgut,** welches aus nur **gesunden, flott brennenden** und **blattigen, überseeischen Original-Tabaken** zusammengesetzt ist, also keine beschädigten Tabake enthält, empfehle ich auch ferner als „Aufarbeiter" (Umblatt und Einlage) äußerst vorteilhaft zur Herstellung von **gut schmeckenden 5** bis **8 Pfg.-Zigarren.** Preis in Postkolli **75** Pfg., in Ballen resp. Bahnsendungen **72** Pfg.

Sämtliche **Preise** verstehen sich **verzollt** und **per Pfund.**

Versand nur gegen Nachnahme.

Albert Steen, Bremen.

En gros. Billige Rohtabake! En detail.

Gegen Nachn. verz.: **Sumatra Deckblatt** 130-425 ₰, **Brasil** 88-280 ₰, **Java** 90-380 ₰, **Domingo, Seedleaf, Carmen** 84-125 ₰, **Los-Gut,** rein amerik., kerngesund (Aufarbeiter!) 80 ₰. **Rohtabakhandlung, Bremen, Neustadtsbahnhof 15.**

Brandt & Sohn, Bremen

empfehlen als **äußerst preiswert**

Sumatra, Decker, 120, 140, 150, 160, 180, 200, 220, 250, 270, 280, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Sumatra, Umblatt,** 90, 100, 110, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt,** 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120 Pfg. — **Java, Einlage,** 75, 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker,** 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Decker,** 130, 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage,** 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt,** 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Domingo, Umblatt,** 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt,** 80, 85, 90, 100 Pfg. — **Losgut, gemischte Original-Tabake,** 80, 85 Pfg.

Ferner empfehlen **deutsche Tabake, prima Ware.** — **Elsässer Rebut** 80 und 85 Pfg. — **Bühlertaler, Umblatt,** 85 Pfg.

Preise per ½ kg verzollt. Versand unter Nachnahme.

Kredit nach Uebereinkunft. **Kredit nach Uebereinkunft.**

Roh-Tabak.

Empfehle äußerst preiswert:

Sumatra, Decker, per ½ kg 125, 140, 150, 160, 180, 200, 220, 250, 275, 300, 325, 350, 400, 450 Pfg.
Sumatra, Umblatt, per ½ kg 100, 110, 120 Pfg.
Borneo, ff. braune Decker, 1. Länge Vollblatt, per ½ kg 180 Pfg.
Java, Decker, per ½ kg 150, 200 Pfg.
Java, Umblatt, per ½ kg 90, 100, 110, 120, 125 Pfg.
Java, Umblatt und Einlage, per ½ kg 80, 85, 90 Pfg.
St. Felix-Brasil, Decker, per ½ kg 160, 180, 200 Pfg.
St. Felix-Brasil, Umblatt und Einlage, per ½ kg 80, 90, 100, 110, 120, 125 Pfg.
Carmen, Umblatt, per ½ kg 85, 90, 100, 110 Pfg.
Carmen, Umblatt und Einlage, per ½ kg 75, 80, 85 Pfg.
Domingo, Umblatt, per ½ kg 90, 100, 110 Pfg.
Seedleaf, Umblatt und Einlage, per ½ kg 85, 90, 100 Pfg.
Losgut, Umblatt und Einlage, rein überseeisch, per ½ kg 75, 80, 85 Pfg.

Ferner empfehle **deutsche Tabake:**

Prima Bühlertaler, reines Umblatt, per ½ kg 85 Pfg.
Prima Elsässer Rebut, reines Umblatt, per ½ kg 85 Pfg.
Elsässer Rebut, Umblatt und Einlage, per ½ kg 80 Pfg.

Preise verzollt. Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

H. Wittig, Bremen.

Billigste Preise **Rohtabak** Reelle Bedienung

für Detailverkauf und Postversand:

Filiale Berlin N. 31, Brunnenstr. 152.

Sumatra in allen Sortierungen, Farben und Preislagen.
Java, sehr große Auswahl, von 85—250 Pfg.
Brasil von 100—275 Pfg.; alte, abgelagerte Ware.
Carmen, Einlage, Aufarbeiter und reines Umblatt von 80—130 Pfg.
Domingo, nur gute, gesunde Ware, von 90—125 Pfg.
Mexiko, Havanna, Märker, Pfälzer, Rebut.

Max Otto **Hauptgeschäft und Engros-Verkauf: Berlin NO. 43, Neue Königstr. 6.**

E. Brinkmeier
Bremen.

Sumatra
Deli: Hochfeine, zarte 1. Vollblattlänge, ganz hell, ideal in Brand und Geschmack . . . . Pfd. 365 ₰
Deli: Edle, zarte 2. Vollblattlänge, hell . . . . . Pfd. 250 ₰
Deli: Edle 2. breite Vollblattlänge, hellbraun . . . . Pfd. 230 ₰
Deli: Feine 1. breite Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 200 ₰
Deli: Feine 2. Vollblattlänge, mittelbraun . . . . . Pfd. 175 ₰
Deli: Schöne 2. Vollblattlänge, mittelbraun . . . . . Pfd. 150 ₰

Vorstenlanden
1. Länge, Vollblatt, Ia. Decker Pfd. 140 ₰

Java
Ia. Bezockt-Einlage mit Umbl. Pfd. 85 ₰
Ia. reines Umblatt . . . . Pfd. 110 ₰

Felix-Brasil
Große, gedockte, sehr blattige Einlage . . . . . Pfd. 90 ₰
Hochfeiner Decker, prima Brand und Geschmack . . . . Pfd. 200 ₰
Feiner Cruz d'Almas, Umblatt und Einlage . . . . . Pfd. 115 ₰

Seedleaf, enorm preiswert
Hochfeines Umblatt . . . Pfd. 100 ₰
Umblatt und Einlage . . . Pfd. 85 ₰

Domingo
Hochf. Mokka-Gewächs, FF Pfd. 100 ₰

Carmen, spottbillig
Hochfeines Umblatt Pfd. 90 und 100 ₰
Umblatt mit Einlage . . . Pfd. 80 ₰

Mexiko
Hochfeiner dunkler Decker . Pfd. 250 ₰

Losgut, besonders preiswert
Aufarbeiter, enorm blattig, rein amerikanisch, kerngesund . Pfd. 75 ₰

Preise verstehen sich verzollt.
Postkolli gegen Nachnahme.

Jeder Versuch führt zur dauernden Verbindung, wie der stetig wachsende Kundenkreis beweist. Umtausch anstandslos, daher kein Risiko.

E. Brinkmeier, Bremen.

Daniel Eickhoff
Bremen 4.

Sumatra.
3. Vollblattlänge, braun . . . 130 ₰
3. Vollblattlänge, hellbraun . . 150 ₰
2. Vollblattlänge, braun . . . 200 ₰
2. Vollblattlänge, hellbraun Ia. Ia. 220 ₰
1. Vollblattlänge, hell Ia. Ia. . 250 ₰
2. Vollblattlänge, hell Ia. Ia. . 350 ₰

Sämtliche Sumatras brennen unter Garantie tadellos schneeweiß.

Vorstenlanden.
Hochfeiner Decker Ia. Ia. . . . 150 ₰

Java.
Umblatt mit Einlage . . . . 85 ₰
Reines, hochfeines Umblatt . . 110 ₰

Felix-Brasil.
Große gedockte Einlage . . . . 85 ₰
Umblatt Ia. Ia. . . . . 110 ₰
Feinstes Deckblatt . . . . . 180 ₰

Havanna.
Einlage, hochfeine Qualität 125, 140 ₰

Carmen.
Reines, hochfeines Umblatt . . 85 ₰

Seedleaf.
Reines Umblatt . . . . . 90 ₰
Umblatt mit Einlage . . . . 80 ₰

Domingo.
Reines Umblatt F . . . . . 85 ₰

Losgut.
Sehr beliebt. — Großer Umsatz.
Gar. rein amerikanisch . . . . 70 ₰
Gar. rein amerkanisch, Umblatt . 75 ₰
Gar. rein amerikanisch, viel Felix enthaltend . . . . . 80 ₰

Preise verzollt per Pfund geg. Nachnahme.

Da ev. anstandslose Zurückn., kein Risiko. Ziel bei Aufgabe guter Referenzen oder längerer Geschäftsverbindung nach Uebereinkunft. Jeder Versuch führt positiv zur Nachbestellung.

Daniel Eickhoff, Bremen 4.

Rohtabak-Import!

Grosse Auswahl. Billigste Preise.

	verzollt per Pfd.
Havanna und **Kuba**	ℳ 1.40—6.50
Java und **Sumatra**	„ 0.90—5.00
Mexiko u. **St. Felix-Brasil**	„ 0.90—3.00
Domingo und **Seedleaf**	„ 0.90—1.30
Carmen und **Paraguay**	„ 0.90—1.20
Geschn. Brasil 1.00, **Java** u. **Brasil**	0.80
Havannagrus 0.90, **geschn. Tabak**	0.60
Gestreifte Einlage 1.25, **Losgut**	0.85
Kentucky 1.00, **lose Sumatrablätt.**	1.00
Feinschnitt für Zigarillosfabrikation per Pfd. ℳ	0.80

Hengfoss & Maak.

Hauptgeschäft
Ottensen: Bismarckstraße 28.
Detail-Verkaufsstellen
Hamburg: Schweinemarkt 27
Altona: Große Freiheit 22.
Eigenes Privat-Transitlager Ottensen
Bismarckstraße 32.
Fernsprecher: Altona 1463.

En gros. **Rohtabak** En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosse Auswahl! **Billigste Preise!**
Preisliste gratis und franko.

Brandt & Sohn, Bremen.

Wir kauften besonders preiswert und offerieren:
45 Ballen Deli-Kultur Ma/B/A2 . . per ½ kg 1.60 Mk. verzollt
28 Ballen NLBT. Co/SDI Ranan . . per ½ kg 1.80 Mk. verzollt
Schneeweißer Brand. Deckkraft unter 2 Pfd.

Enorm preiswert (Gelegenheitskauf)

Feines Deli-Gewächs **Sumatra-Decker** zarte, zugige 2. Vollblatt-Länge.

Weißer, flotter Brand und **schöne Farben.**

Deckkraft 1½ bis 1¾ Pfd. für 1000 Zigarren. — Empfehle bei Abnahme von mindestens 9 Pfund zu 165 Pfg. per Pfund und verzollt, bei größeren Abnahmen resp. Original-Packen entsprechende Preisermäßigung.

Versand **nur** gegen Nachnahme. **Albert Steen, Bremen.**

Beim Quartalswechsel zum Abonnement empfohlen.

Die Neue Zeit Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie. Redigiert von **Karl Kautsky**

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 5575

Preis pro Quartal Mk. 3.25, des einzelnen Heftes 25 Pfennig.

Die Gleichheit Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen Redigiert von **Klara Zetkin**

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 3189

Preis p. Quart. 55 Pf. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pf.

Der Wahre Jacob

Erscheint alle 14 Tage nebst einem Unterhaltungsblatt

Redigiert von **S. Heymann**

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 8220

Preis pro Quartal 65 Pf., der einzelnen Nummer 10 Pf.

Jeder!

fordere sich **sofort** unsere **neue Preisliste 22,** muß unbedingt **Jeder lesen.** Enthält **sämtliche** Artikel mit ca. 1000 Abbildungen für die

Cigarrenfabrikation!

Zusendung erfolgt kostenlos sofort! Größtes Cigarren-Wickelformenlager Deutschlands.

Jedes Façon stets am Lager.
Preis der Formen: Originalfabrikpreis!

Größtes Rohtabak-Lager!

Deutsche sowie amerikanische Tabake! **Unstreitig** erstes u. größtes Fabrik- und Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche. Jeder vergleiche **unsere Preise** mit **anderen** Preisen! **Unstreitig ohne Konkurrenz!**

Besonders zu empfehlen:
Sumatra Umblatt, leicht, gut brennend, per Pfund verzollt 1.05 Mk.
Sumatra Umblatt, viel Decken enthaltend, per Pfund verz. 1.30 Mk.
Sumatra Stuckblatt, leicht deckend, schneeweißer Brand, mittel und helle feine Farben, per Pfd. verz. 2.25 Mk.
Sumatra, 2. Länge, Vollblatt, hochfeine helle Farben, schneeweißer Brand, per Pfund verzollt 3.10 Mk.
Gute Uckermärker Einlage à 70 Pfg. per ½ Kilo.
Außerdem ca. 60 verschiedene Muster **Sumatras.**
Kreditgewährung nach Uebereinkunft.
Jeder fordere sofort **Preisliste 22** ein.

L. Cohn & Co., Berlin N.
Brunnenstrasse 24.
Fernsprecher: Amt 3, Nr. 513
Telegramm-Adresse: **Formencohn Berlin.**

Rohtabak!

Grösste Auswahl und billigste Preise!
Garantiert flotter und sicherer Brand!

Filialen in Berlin
im Norden: Brunnenstrasse 25
im Osten: Koppenstrasse 9
im Südost: Kottbuser Strasse 2.
Filiale in Sachsen
Chemnitz: Brückenstrasse 19.
Filiale in Schlesien
Ratibor: Jungfernstrasse 11.

Emil Berstorff
Berlin C. 2.

C. Strohmann
Bremen, Tannenstr. 36

empfiehlt alle Sorten

Roh-Tabake.

Sumatra in allen Längen u. Farben, tadelloser Brand, per Pfund 120, 150, 175, 200, 250, 300, 350, 450 ₰.
Havanna 250, 300, 450, 600 ₰.
St. Felix-Brasil 90, 100, 120, 150, 200 ₰.
Mexiko 150, 180, 200, 300 ₰.
Vorstenlanden 150, 180, 220 ₰.
Java 90, 100, 110, 120, 150, 180 ₰.
Seedleaf 90, 95, 100, 120 ₰.
Domingo 80, 85, 95, 100, 110 ₰.
Carmen 80, 85, 95 ₰.
Amerikanisches, gesundes, blattiges **Losblatt** 75, 80, 85 ₰.
Für tadellosen Brand wird garantiert.
Preise sind verzollt unter Nachnahme. Zahlungen nach Uebereinkunft.

Altes Vorstenlanden-Umblatt
mit vielen **grauen Deckern** à Pfd. **100** Pfg., empfiehlt
S. Hammerstein Filiale
Rohtabakhandlung u. Versandhaus
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Zwei junge, solide **Zigarrenmacher,** welche Wickel selbst machen, suchen zum 28. September dauernde und lohnende Arbeit. Offerten sind zu richten an **Heinrich Töllner,** 1. Bevollmächtigter, **Rostock i. M.,** Windmühlenstr. 10.

Best. Ia. Losblatt p. Pfd 85 Pfg.

Rohtabak!

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbuser Straße 3a
empfiehlt tadell. brennende **Sumatra-Tabake,** größte Deckkraft, per Pfund Mk. 1.60, 1.80, 2.30, 2.80, 3.30, 4.20. Leichtblattige **Java-Tabake,** Einlage Mk. 0.95, rein Umblatt Mk. 1.10 u. 1.25. Hochfeine **St. Felix-Brasil** Mk. 1.00, 1.20 u. 1.30. **Vorstenlanden,** Decke Mk. 1.60 u. s. w. Versuch führt sicher zur Nachbestellung.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 59, — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 39. Sonntag den 27. September 1903.

Der Kampf ums Wahlrecht.

II.

Seit dem großen Aufschwunge der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen vom Jahre 1890 und der darauf folgenden Beseitigung des Sozialistengesetzes läßt sich der Kampf der bürgerlichen Parteien gegen das allgemeine Wahlrecht chronologisch nachweisen.

Zwar trat er bei den Reichstagswahlen von 1893 nicht besonders hervor, da die Militärvorlage als Wahlparole galt. Aber seit 1890 war in einzelnen Preßorganen die Gefahr des allgemeinen Wahlrechts in schwarzen Farben geschildert worden. Besonders in Sachsen, wo die Reaktion immer neue Vorstöße machte, das Vereinsgesetz als Ersatz für das Sozialistengesetz gegen die Sozialdemokratie in unglaublichster Auslegung anwendete, entblödete sich das amtliche Blatt der Regierung, die königliche Leipziger Zeitung, nicht, gegen das allgemeine Wahlrecht zu wühlen. Die Junkerpartei in Preußen tat das gleiche. Graf Mirbach wetterte im preußischen Abgeordnetenhause gegen das allgemeine Wahlrecht und die Kreuzzeitung schürte ebenfalls das Feuerchen, auf dem es verbrannt werden soll.

Die Nationalliberalen waren nicht müßig, wenn auch diese schleichenden Reaktionäre nicht in brutaler Junkerart drauf los hauten. Durch die neuesten Enthüllungen des Vorwärts ist jetzt festgestellt, daß die Kölnische Zeitung bereits 1894 ebenfalls gegen das allgemeine Wahlrecht sich gewendet hat, während nationalliberale Abgeordnete geheim dagegen wühlten.

Im Jahre 1896 unternahmen dann die nationalliberalen und konservativen Reaktionäre in Sachsen den Wahlrechtsraub, indem sie das Dreiklassen-Wahlsystem für den Landtag einführten, das die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Landtage entfernte. Dieses Vorgehen sollte vorbildlich für eine gleiche Aktion im Reiche sein, wenigstens haben die sächsischen Reaktionäre seit jener Zeit stets die bürgerlichen Mehrheitsparteien im Reichstage sowie die Reichsregierung zu einem ähnlichen Staatsstreich zu drängen gesucht. Daß diese bisher nicht darauf eingingen, lag weniger an ihrem guten Willen, als an der Einsicht, daß damit die Sozialdemokratie nicht aus der Welt geschafft werden kann und somit nicht nur nichts gewonnen, sondern die Sache noch verschlimmert wird für die herrschenden Klassen, wie nun das Exempel in Sachsen lehrt.

Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1898 fand es die Sozialdemokratie, deren Stimmenzahl von Jahr zu Jahr erfreulich wuchs, für nötig, die Wähler vor den offenen und geheimen Plänen gegen das allgemeine Wahlrecht zu warnen; der Kampf um das Wahlrecht bestimmte die ganze Wahlbewegung. Natürlich suchten die Gegner ihre Feindschaft gegen das allgemeine Wahlrecht zu leugnen, aus Furcht, die Wähler könnten sich von den Kandidaten der reaktionären Parteien abwenden. Aber was sie vor der Oeffentlichkeit leugneten, das taten sie heimlich, wie aus den Enthüllungen der Giesebrechtschen Verschwörung gegen das allgemeine Wahlrecht unwiderleglich nachgewiesen ist. Wie recht tat also die Sozialdemokratie daran, die Wähler vor den nationalliberalen und konservativen Wahlrechtsfeinden damals schon zu warnen!

Seit 1898 besteht also eine geheime Verschwörung gegen das allgemeine Wahlrecht. Nun sie aufgedeckt ist, treten die unverschämtesten Reaktionäre ganz offen gegen das allgemeine Wahlrecht auf. Voran die Presse der konservativen Scharfmacher. Wiederum sind es die sächsischen Reaktionäre, die am tollsten und blindwütigsten ihrem Hasse gegen das allgemeine Wahlrecht, der identisch ist mit dem Hasse gegen die Sozialdemokratie, freien Lauf lassen, obgleich die Sozialdemokratie in diesem Musterlande der Reaktion die größten Erfolge bei den Wahlen aufzuweisen hat und zwar infolge der Reaktionswirtschaft, die hier wütet. Wäre übrigens die Verschwörung gegen das allgemeine Wahlrecht vor den Reichstagswahlen bekannt gewesen, dann hätte die Sozialdemokratie sicherlich noch eine erkleckliche Anzahl Stimmen mehr erhalten.

War es früher Bismarck, der das allgemeine Wahlrecht erst zur leichteren Durchführung seiner Pläne eingeführt hatte, später es aber umsomehr haßte, als es die politische Entwicklung zu einer Waffe in den Händen seiner gehaßtesten Gegner machte — war er es also, der wenigstens die ihm ungünstigsten Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts durch die skrupellosesten Mittel zu paralysieren suchte, sind es seit dem Jahre 1890 die bürgerlichen Parteien, die den Wahlkampf gegen das allgemeine Wahlrecht direkt führen. Das muß dem Kampfe ums Wahlrecht eine immer schärfere Form und breiteren Raum in der Wahlbewegung sowohl, wie in allen Parteikämpfen geben.

Selbstverständlich sind es die Arbeiter, die das größte Interesse an der Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts haben. Gerade durch ihre Benützung des allgemeinen Wahlrechts hat es eine gegen früher erhöhte Bedeutung gewonnen. In den Händen einer von bürgerlichen Verteidigern des Klassenstaates geleiteten und verführten Masse bildete es keine Gefahr für den Klassenstaat. Aber als Kampfmittel einer selbständig auftretenden, den Klassenstaat bekämpfenden Arbeiterpartei wird es nicht nur zum Maßstab für die wachsende Größe dieser Partei, sondern als wichtigstes Hilfsmittel zur Besiegung des Klassenstaates, zur Eroberung der politischen Macht im Klassenstaat.

Ehe dies letztere Ziel erreicht ist, mag es noch Weile haben. Was vielen Gegnern das Wahlrecht besonders hassenswert erscheinen läßt, das ist die Benützung des Wahlrechts durch die Arbeiter zu dem Zwecke, um selbst im Klassenstaat der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter Schranken setzen zu können. Arbeiterschutzgesetze sind dem kapitalistischen Ausbeutertum ein Greuel, deshalb wehren sie sich mit Händen und Füßen dagegen. Je stärker jedoch die Vertreterschaft der Arbeiter im Reichstage auftritt, umso näher rückt die gesetzliche Festlegung eines den Forderungen der Arbeiter entsprechenden Arbeiterschutzes. Das brennt dem ganzen Kapitalistentroß auf den Nägeln! Deshalb finden wir unter den Verschwörern gegen das allgemeine Wahlrecht vorwiegend das großindustrielle Unternehmertum vertreten, das im ewigen Kampfe mit den von ihm ausgebeuteten Arbeitern schrankenlos seine Bedingungen diktieren und nichts von einer gesetzlichen Berechtigung der Arbeiter, ihre Interessen gegen das Unternehmertum unbehindert verfechten zu können, wissen will.

In erster Linie sind es also materielle Interessen, die das Unternehmertum zur Feindschaft gegen das allgemeine Wahlrecht treiben. Der nackte Egoismus ist die Triebfeder zur Giesebrechtschen Verschwörung, deren Leiter den Egoismus derjenigen an der richtigen Seite zu fassen wußte, die zum Schutze der Arbeiterausbeutung einen Teil der den Arbeitern abgenommenen Schätze zu opfern bereit sind. Darum sind die Arbeiter allesamt an dieser Verschwörung gegen das allgemeine Wahlrecht hoch interessiert. Speziell von dieser Seite betrachtet, müssen sich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter klar werden, welche Bedeutung das allgemeine Wahlrecht für sie gewonnen hat und daß der Kampf der Unternehmer gegen das allgemeine Wahlrecht von ihnen nicht unterschätzt werden darf.

Wie heute die Dinge liegen, halten wir es für völlig ausgeschlossen, daß auch nur ein einziger denkfähiger Arbeiter der Verstümmelung oder Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts zustimmen oder ruhig zusehen könnte. Vielmehr zeigt es sich täglich mehr, daß die Kampagne gegen das Wahlrecht die politische Situation für die Arbeiter blitzartig erleuchtete und ihnen die Gefahr in drohender Nähe zeigt. Kaum hatte die Spannung der Wahlbewegung nachgelassen, erzeugte der Kampf der Unternehmer und Reaktionäre gegen das Wahlrecht eine noch größere Spannung, die sich freilich momentan leider nicht durch eine Wahl auslösen läßt. Aber sie besteht und wirkt fort und wird bei der ersten Gelegenheit den Verschwörern klar machen, was es bedeutet, sich an den Rechten des Volkes frevelnd vergreifen zu wollen.

Mit der Enthüllung jener Verschwörung ist der Arbeiterschaft ein großer Dienst geleistet. Denn, wenn auch die Sozialdemokratie immer auf der Wacht steht und die volksverräterischen Pläne ihrer Gegner zu durchkreuzen sucht, für die große Masse der Arbeiter, die leider der Sozialdemokratie noch nicht angehören, ist der augenscheinliche Beweis für solche verräterische, nur zu ihrem Nachteile angelegte Pläne ein Warnsignal. Durch die Enthüllung ist der Kampf der Reaktionäre gegen das allgemeine Wahlrecht nicht etwa beseitigt, er wird in den verschiedensten Formen fortgeführt werden. Umso pflichtstrenger müssen die Arbeiter in jedem Stadium dieses nie mehr ruhenden Kampfes ihren Mann stellen. Die Parole: Das Wahlrecht ist in Gefahr! schalle unaufhörlich landaus, landein, damit in jeder Minute das Heer der Proletarier gerüstet steht zur Verfechtung seines wichtigsten Rechtes.

Welche Folgen der von den Feinden der Arbeiterpartei heraufbeschworene Kampf gegen das allgemeine Wahlrecht noch haben wird, ist nicht abzusehen; so viel steht fest, daß, wenn dieser Kampf direkt ins Parlament verlegt wird, die Welt mit Staunen eine Machtentfaltung der Arbeiter in diesem Kampfe erleben wird, wie sie die Weltgeschichte noch nicht kennt.

Bilder von der Agitation.

Angeregt durch verschiedene Veröffentlichungen über die gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen bei der Agitation für die Sache des Verbandes, gebe ich hier einige Bilder aus Westfalen. Daß die Verhältnisse der Tabakarbeiter in den ländlichen Bezirken und kleineren Städten fast überall die gleich schlechten sind, ist bekannt. Westfalen bietet jedoch an verschiedenen Stellen solche markante Verhältnisse, daß es eine Notwendigkeit ist, immer wieder darauf hinzuweisen.

Die Agitation begann in der Bünder Gegend, über welch letztere wir bereits speziell berichtet haben. Die am besten besuchten Versammlungen hatten wir in Lippstadt Oerlinghausen. In ersterem Orte besteht die lobenswerte Gepflogenheit, daß bei derartigen Versammlungen sich von allen Branchen Besucher einfinden; das gibt einen allgemeinen Ansporn. Sehr gut besucht war auch die Versammlung in Oerlinghausen, wo überhaupt unter den Kollegen ein guter, brüderlicher Geist herrscht. Hier sahen wir so recht, wie willensstark und fest die Arbeiter werden, wenn sie eine gute Organisation besitzen. Wenn die Oerlinghäuser Kollegen in diesem Pflichtbewußtsein weiter vorwärts streben, werden sie noch manchen Erfolg erringen. Wir wünschen es von ganzem Herzen.

Ganz andre Verhältnisse traten uns wieder entgegen in dem kleinen lippeschen Orte S. Als ich ankam, mußte ich leider von dem Vertrauensmann hören, daß eine Anzahl weiblicher Mitglieder dem Verbande den Rücken kehren wollte; auch sei es nicht möglich, eine Versammlung oder Zusammenkunft abzuhalten. Nach einigem Hin- und Herüberlegen faßten wir jedoch einen Plan und es gelang auch, die meisten Kolleginnen an eine Stelle zu dirigieren, wo wir uns aussprachen. Der Erfolg der Besprechung war die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Verbandes und wenn die Kollegen nun am Orte weiter ihre Schuldigkeit tun, wird wohl ein Rückgang nicht eintreten.

Auch in der kleinen Zahlstelle Langendreer fand eine Besprechung bei einem Kollegen statt. Ein Sortierer, der einzige nichtorganisierte Kollege am Orte, wurde aufgenommen.

Doch nun ein andres Bild und zwar ein recht dunkles von der Hausagitation in der Umgegend von Oeynhausen. Gegen Mittag trafen wir mit dem Kollegen Sch. aus Rehme, der vom Vorstand dazu mit bestimmt war, in Werste ein. Ein echtes westfälisches Dorf, in seiner ganzen Eigenart; die Häuser weit auseinandergestreut. Die notdürftigste Orientierung in diesem Blachfeld der Tabakindustrie erlangten wir von dem einzigen organisierten Kollegen am Orte. Was wir hier sahen und hörten, war ein wechselvolles, nein, grauenvolles Bild der traurigsten Lebensweise. Man stelle sich folgendes vor: Draußen warmer Sonnenschein, blauer Himmel, kurz ein herrlicher Sonntag, und da drinnen in den Häusern die Schwindsucht. Hier eine Frau, dort ein Mann oder Kinder zusammengekauert in der Stube; Husten und Auswurf — ein Bild des Elends und des Sterbens. Der freundliche Leser wird vielleicht glauben, es sei etwas übertrieben. Keineswegs! Die Tuberkulose ist hier etwas so allgemeines, daß die Tabakarbeiter die Krankheit als etwas Unvermeidliches ansehen. Man erfährt durch Fragen sehr bald, daß der und jener Arbeiter die Schwindsucht habe, der oder die daran gestorben sind und verschiedene wohl bald daran sterben werden. Der Arzt kommt und sagt dann: Ihnen kann nichts mehr helfen! und ein Leben ist vorbei. Und wie heißt die Ursache dieses entsetzlichen Zustandes in jenen Gegenden? Es ist nur ein Wort und ihr sollt es immer wieder hören, ihr, die ihr dieses System des Mordes schafft: Hausindustrie!

Und was für Zigarren werden hier gemacht? Die feinsten Marken. Feine Hamburger, Ottenser und Bremer Firmen sind es, die hier ihre „preiswerte" Havanna- und Brasil-Handarbeiten herstellen lassen.

Trotz dieser elenden Verhältnisse bringen es doch manche dazu, sich ein eigenes Häuschen zu bauen. Leider ist aber in vielen Fällen beobachtet worden, daß, sobald dies Ziel erreicht wurde, die Besitzer sich nicht lange ihres eigenen Herdes erfreuen konnten, denn die dadurch vermehrte Abrackerung führte sie umso sicherer in Krankheit und Tod. Der Organisation steht man hier verständnislos gegenüber. Es sind die schlechten Verhältnisse, die so tief die Kollegen herabdrücken, daß sie nur sehr schwer über ihre Lage nachdenken und sich organisieren. Hier ist schon viel getan, aber wenig erreicht. Am Abend fand man sich noch zu einer Besprechung zusammen, das erste Mal seit langer Zeit in diesem Ort und wurde versucht, einige Aufklärung zu geben.

Am andern Tag ging es nach Vlotho, an der Weser gelegen, eine industriereiche Stadt, wo an die 600 Tabakarbeiter wohnen. Hier mußten wir recht eigenartige Erfahrungen machen. Des öfteren hat hier schon eine Zahlstelle bestanden, und immer wieder ist sie an der Interesselosigkeit der Kollegen gescheitert. Und doch ist in Vlotho nichts notwendiger als eine Organisation. Hätte die letztere bestanden, so würde man nicht so leicht gewagt haben, den Tabakarbeitern in sehr guter Geschäftskonjunktur Lohnabzüge zu machen. Das eigentümliche ist dabei, daß die dortige Arbeiterschaft politisch aufgeklärt ist, sogar einige Kollegen als Stadtverordnete besitzt. Es fand eine Hausagitation, Abends Besprechung statt, und wir hörten da die absonderlichsten Argumente gegen den Verband. Viele Kollegen versteiften sich auf die Ausrede, daß sie gegen Erwerbsunfähigkeit durch örtliche Kassen versichert seien. Als wir ihnen entgegenhielten, ob denn auch derartige Lokalkäßchen bei einer eventuellen Bedrohung ihres Arbeitsverhältnisses im stande seien, abwehrend zu kämpfen, dann saß man allerdings fest und wußte sich nicht recht herauszureden.

Nachdem nunmehr die Zahlstelle wieder errichtet ist, wollen wir im Interesse der Kollegen von Vlotho nur wünschen, daß sie endlich erkennen, daß die Organisation heute mehr denn je ihr Stückchen Brot überhaupt bedeutet und vor Not und Gefahr sehr wohl schützen kann, besser, als alle Krankenkassen von Vlotho.

Die Vorortskommission Minden und die umliegenden Zahlstellen müssen nun die Agitation fortgesetzt betreiben. In Minden stand es auch nicht besonders gut. Wenn die Mindener Kollegen sich erst von den persönlichen Differenzen, die am Orte vorherrschen, befreit haben und die Agitation energisch betreiben, dann kann für die dortigen Tabakarbeiter sehr wohl etwas erreicht werden.

So bietet die Agitation ein wechselvolles Bild. Sowohl die reichen Erfahrungen, als auch die Anregungen in den einzelnen Zahlstellen werden dazu dienen, allseitig eine weitere Tätigkeit für den Ausbau unsrer Organisation zu fördern.

H. E.

Die deutschen Gewerbe-Gerichte

hielten am 11. September in Dresden ihre Verbandsversammlung ab, zu der zahlreiche Delegierte von den Arbeiter- und Arbeitgeberbeisitzern, sowie auch Vorsitzende von Gewerbegerichten erschienen sind. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden des Dresdner Gewerbegerichts Dr. Stübing hält Oberbürgermeister Hartenstein-Ludwigsburg ein Referat über die Praxis des Proportional-Wahlsystems bei den Wahlen zu den Gewerbegerichten. Er bespricht die verschiedenen Anregungen zur Vertretung der Minoritäten im Deutschen Reiche im allgemeinen und bei den Gewerbegerichten im besonderen, beleuchtet dann die Entstehungsgeschichte der nun geltenden Bestimmungen und skizziert die Verhandlungen in der Kommission und im Plenum des Reichstags. Redner ist erstaunt, daß bei verhältnismäßig so wenigen Gewerbegerichten das neue System der Wahl eingeführt wurde, umsomehr, als im Auslande das Verhältnis-Wahlsystem vielfach adoptiert wurde. Referent kann sich der Anschauung nicht verschließen, daß die Darlegungen Molkenbuhrs und Hochs im Reichstage mehr Beachtung verdient hätten, vor allem die Einwürfe gegen die nicht obligatorische Einführung des Systems und gegen das Fehlen von Grundsätzen über die Vornahme der Proportionalwahl. Redner übt eingehende Kritik an den Wahlformen verschiedener Gewerbegerichte.

Buchdrucker Massini-Berlin meinte, die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter müssen sich gegen Verhältniswahlen erklären, so lange sie nicht obligatorisch sind, rügt den Wirrwarr und die Willkür, wie das Gesetz ausgelegt wird und die Statuten, welche sich in dieser Hinsicht die Städte gegeben haben. Recht und Billigkeit soll herrschen; aber bei den Wahlen zur Vertretung des Reiches, Staates und der Gemeinden fällt es niemandem ein, Recht und Billigkeit zu üben, Verhältniswahl einzuführen. Deshalb begreift es die Bevölkerung nicht, daß nur bei den Gewerbegerichten der Sinn für Recht und Billigkeit so stark zum Ausdruck kommt. Er schildert, wie man das Proportional-Wahlsystem nur dort einführt, wo man die moderne Arbeiterbewegung zu schädigen hofft, am Majoritätsprinzipe aber strenge festhält, wo man eine Minderheit

modern organisierter Arbeiter vom Gewerbegerichte ausschließen kann. Redner bespricht dann die einstimmig anerkannte Objektivität der Gewerberichter aus dem Lager der Arbeiter, so daß es sicherlich nicht erforderlich ist, gerade bei den Gewerbegerichten mit der Einführung des Proportional-Wahlsystems zu beginnen.

Abg. Körsten-Berlin erklärt, die freien Gewerkschaften seien für das Proportional-Wahlsystem, das beweist schon, daß die Anregung für dieses System aus Frankfurt a. M. kommt, aus einer Stadt mit nur „sozialdemokratischen" Arbeiter-Beisitzern. Wir wollen aber, daß das System nicht nur gegen die modernen Gewerkschaften, sondern auch zu ihren Gunsten angewandt, daß es obligatorisch oder überhaupt nicht sei. Ein Beschluß wird über den Gegenstand nicht gefaßt. — Es folgen noch mehrere Referate.

Vor dem Verbandstage hatten die Arbeitnehmerbeisitzer eine Vorbesprechung, in der die wichtigsten auf dem Verbandstage zur Verhandlung stehenden Punkte vorberaten wurden. — Bezüglich der Kaufmannsgerichte sprachen sich die Arbeitnehmer für Anschluß der kaufmännischen Streitfälle an die Gewerbegerichte aus.

Zur Vereinfachung der Arbeiterversicherung.

Wieder einmal sind die „maßgebenden Kreise", d. h. diejenigen, welche die Macht in Händen haben, gezwungen, zuzugestehen, daß eine von ihnen bisher heißbekämpfte sozialdemokratische Forderung richtig und ihre Durchführung dringend notwendig ist. Wie sind doch noch bei den letzten Wahlen unsere Gegner damit krebsen gegangen, daß sie uns des schnödesten Volksverrats bezichtigten, weil wir bei Einführung der Arbeiterversicherung gegen jene Gesetze stimmten. Natürlich — unsere Gründe verschwiegen sie, sonst hätten sie ja bei den Wählern das Gegenteil dessen erreicht, was sie erstrebten: die Arbeiter würden vollinhaltlich unsere ablehnende Stellung gutgeheißen, unsere Kritik für berechtigt und noch heute für zutreffend erklärt haben. Namentlich ein Grund war es, der unsere Genossen im Reichstag eine ablehnende Stellung gegen die Bismarckschen Versicherungsexperimente einnehmen ließ: die ungeheure Vielgestaltigkeit der Versicherung selbst, ihre Zerreißung in verschiedene Gruppen und die dadurch notwendig hervorgerufene Zersplitterung der Leistungsfähigkeit auf der einen, der Verteuerung der Verwaltung auf der andern Seite. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung und dadurch Vereinfachung der Verwaltung, wie Erhöhung der Leistungsfähigkeit war die von uns erhobene Forderung der anfänglich alle andern Parteien ablehnend gegenüberstanden. Unser Münchner Parteitag, auf dem die Frage der Arbeiterversicherung erörtert wurde, nahm deshalb eine Resolution an, in der die „Vereinheitlichung der Versicherung" gefordert wird.

Jetzt kommt ein hervorragender Fachmann aus Regierungskreisen und beweist, wie recht wir haben. Der Kaiserliche Geheime Regierungsrat, Senatsvorsitzender im Reichsversicherungsamt, Dr. Zacher, bringt in Nr. 24 der Zeitschrift Die Arbeiterversicherung (vom 21. August d. J.) einen trefflichen Artikel „Zur Vereinfachung der Arbeiterversicherung", in dem er eine Zusammenlegung aller Versicherungsarten für eine unabweisbare Aufgabe erklärt. Bei Verabschiedung der letzten Krankenkassennovelle vom 30. April d. J. hatte der Reichstag einstimmig eine dahinzielende Resolution angenommen: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht die drei Versicherungsarten (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) zum Zwecke der Vereinfachung und Verbilligung der Arbeiterversicherung in eine organische Verbindung zu bringen und die bisherigen Arbeiterversicherungsgesetze in einem einzigen Gesetze zu vereinigen seien."

Zacher kritisiert zunächst die Vielgestaltigkeit der heutigen Organisationsformen, die nicht bloß in der Dreiteilung der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), sondern auch in jedem einzelnen Versicherungszweige zum Ausdruck kommen. — Die Krankenversicherung zählte sieben verschiedene Kassenarten und über 23000 Einzelkassen, die Unfallversicherung 65 gewerbliche, 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und über 400 staatliche bezw. kommunale Ausführungsbehörden, die Invalidenversicherung 31 Versicherungsanstalten und 9 besondere Kasseneinrichtungen.

Diese Vielgestaltigkeit erschwert zunächst die Popularisierung der Versicherungsgesetze, wofür Zacher mit Recht auf die stets zunehmende Inanspruchnahme der Arbeitersekretariate und Volksbureaus und sonstiger Auskunftsstellen hinweist! Leider werden sie von den Arbeitern noch viel zu wenig in Anspruch genommen — in kleineren Orten und auf dem Lande bestehen sie überhaupt nicht — von den „Rentenstellen", die beim Invalidenversicherungsgesetz geschaffen wurden, hört man nichts; der größte Teil der Versicherten steht ratlos und hilflos dem Kuddelmuddel der zahlreichen Bestimmungen gegenüber und bei der Unfallversicherung hat er gar noch in den Berufsgenossenschaften zähe, mit allen Hilfsmitteln der Rechtskunde ausgerüstete Gegner, die ihm seine Ansprüche streitig machen! Die Revision der Gesetze hat deren Kompliziertheit noch gesteigert; bei der Krankenversicherung ist der Instanzenzug „ein derart verworrener, daß es selbst dem geschulten Beamten oft schwer fällt, das Richtige herauszufinden". Zacher weist auch darauf hin, daß der Kommentar Woedtkes zum Krankenversicherungsgesetz „lediglich zur Erläuterung des die Rechtsmittel behandelnden § 58 nicht weniger als 13 mit Anmerkungen eng bedruckte Seiten verwendet".

„Hiernach kann es nicht überraschen," schreibt der Senatsvorsitzende im Reichsversicherungsamt, „wenn sich nicht bloß Arbeiter, sondern auch Arbeitgeber, Orts-, Polizei- und Verwaltungsbehörden, Aerzte, selbst Rechtsanwälte sich mit der sozialpolitischen Gesetzgebung häufig nur wenig oder gar nicht vertraut zeigen, ja, daß es auch heute noch Leute und Ortschaften gibt, die von der Existenz einer solchen Gesetzgebung kaum eine Ahnung haben".

Aber nicht allein, daß die Zersplitterung der Versicherungsgesetzgebung diese schwer verständlich und dadurch zahlreichen Versicherten die Ausnützung ihrer Rechte unmöglich macht, führt sie auch zu einer „volkswirtschaftlichen Verschwendung", wie Zacher es schonungslos und zutreffend bezeichnet. Nicht weniger wie 35 Millionen Mark gehen jährlich an Verwaltungskosten drauf, trotzdem Hunderttausende von Privatpersonen ehrenamtlich und sämtliche Behörden unentgeltlich mitwirken. Wie eine Vereinheitlichung verbilligend wirkt, dafür stellt Zacher als Beispiel die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend auf. Hier wird für 135000 Versicherungspflichtige „in anerkannt mustergültiger Weise" von nur einer Krankenkasse gesorgt, während in Berlin für eine kaum viermal größere Arbeiterschaft 155 Einzelkassen mit ebenso vielen verschiedenen Verwaltungen vorhanden sind!

Bei Beratung der Krankenversicherungsnovelle in diesem Jahre betonten unsre Redner, daß in erster Linie wenigstens eine Vereinfachung der Krankenversicherung erforderlich sei und daher die jetzt bestehenden verschiedenen Arten von Krankenkassen durch eine einzige ersetzt werden müßten. Dann würden auch die Kassen in der Lage sein, infolge der Ersparnisse, die sie an der Verwaltung machen, für die Kranken und auch für die Aerzte bessere Bedingungen zu schaffen. Zacher bestätigt dies. „Vergegenwärtigen wir uns," schreibt er, „daß die zur Zeit bestehenden 23000 Krankenkassen durchschnittlich kaum 430 Mitglieder zählen und daß gleichwohl jede dieser Kassen mit noch so kleiner Mitgliedschaft ihren eigenen Verwaltungsapparat besitzt, daß die Gesamtzahl dieses Verwaltungspersonals an die hunderttausend zu veranschlagen ist, ferner, daß die Unfallversicherung — ganz abgesehen von der Mitwirkung der 425 „Ausführungsbehörden" — mit ihren 113 Berufsgenossenschaften 3930 Sektionen — neben einer großen Beamtenschar, deren Gehälter über 5 Millionen Mark jährlich erfordern, rund 7000 (Genossenschafts- und Sektions-) Vorstandsmitglieder und 26260 (örtliche) Vertrauensmänner aufzuweisen hat, und endlich, daß die Invalidenversicherung — abgesehen von der weitgehenden Mitwirkung der untern Verwaltungsbehörden und von den mit der Unfallversicherung gemeinsamen, über 7000 Beisitzer zählenden (124) Schiedsgerichten — mit ihren 31 Landesversicherungsanstalten und 9 besonderen Kasseneinrichtungen neben 3000 Beamten verschiedener Art gegen 1000 Vorstands- und Ausschußmitglieder, 12380 Beisitzer (bei den untern Verwaltungsbehörden), 5000 Markenverkaufsstellen und über 7000 Beitragseinziehungsstellen in Anspruch nimmt, so ergibt sich alles in allem ein Verwaltungspersonal von kaum weniger als einer Viertelmillion bei insgesamt rund 13 Millionen versicherter Arbeiter bezw. Betriebsbeamten und 5 Millionen (nur gegen Unfall) versicherter Unternehmer."

Eine vereinfachte Organisation würde nicht nur weniger Personal brauchen und geringere Unkosten verursachen, sondern auch sehr viel schneller arbeiten, wie sich dies bei den zentralisierten Ortskrankenkassen erweist. Dazu kommen noch die unausbleiblichen Reibungen zwischen den einzelnen Verwaltungsorganisationen, durch die es dem Versicherten erschwert wird, seine Ansprüche durchzusetzen.

Zacher kommt zu dem Schluß, daß „die gegenwärtige Vielgestaltigkeit und Zersplitterung in der Organisation der Arbeiterversicherung ein ernstes Hindernis bildet, ihre Leistungen entsprechend den neuzeitlichen Aufgaben und Anforderungen intensiver auszugestalten, ohne deshalb die Gesamtlasten zu erhöhen. Es ist gewiß kein Zufall, daß die bahnbrechenden Fortschritte auf prophylaktischem und therapeutischem Gebiet lediglich den größeren und leistungsfähigeren Versicherungsträgern zu verdanken sind, wie z. B. der bereits erwähnten Leipziger Ortskrankenkasse, der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, der Berliner Landesversicherungsanstalt u. a. m."

Unsere Fraktion wird sicherlich in der neuen Legislaturperiode darauf hindrängen, daß die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung endlich durchgeführt wird; sie kann sich, wenn wie üblich vom Regierungstisch das „Immer langsam voran" als Leitmotiv ertönt, auf Zacher berufen, der ausdrücklich erklärt, daß „die Lösung dieser Aufgabe, je länger sie aufgeschoben wird, umso schwieriger wird," ferner aber „die Vereinfachung und Verbilligung der Arbeiterversicherung zugleich die Vorbedingung für ihren weiteren Ausbau und die Angliederung der Witwen- und Waisenversicherung bedeutet."

Auch die „Arztfrage" wird sich dann befriedigend lösen lassen. Die Kritik, die Zacher an dem gegenwärtigen Zustande übt, ist vollkommen zutreffend. Jetzt habe jeder Versicherte, jede Krankenkasse, jede Berufsgenossenschaft, jede Versicherungsanstalt und jedes Schiedsgericht ihre eignen „Vertrauensärzte", die im Entschädigungsstreitverfahren gegeneinander ausgespielt werden. Das verzögere und verteure die Entscheidungen ganz unnötig. „Die praktischen Erfahrungen drängen daher immer mehr auf eine organische Angliederung der Aerzte, insoweit sie für den laufenden ärztlichen Dienst der Arbeiterversicherung benötigt sind und durch den Nachweis einer gründlichen Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung sich auch geeignet zeigen. Eine zweckentsprechende Organisierung dieses ärztlichen Dienstes würde jene Mißstände beseitigen und die Honorierung der ärztlichen Leistungen nach den Mindestsätzen der staatlichen Taxen, wie die Aerzte solches seit Jahren erstreben, unschwer erreichen lassen."

Inwieweit das letztere möglich und notwendig ist, bleibe dahingestellt; sicher wird aber die Honorierung der Aerzte wie ihre ganze Stellung innerhalb der Versicherung eine bessere werden, wenn durch die Vereinheitlichung der Versicherung alle jene Zwischeninstanzen gefallen sind, die heute hemmend und verteuernd auf die Leistungen der Versicherungsanstalten einwirken.

W.

Gewerkschaftliches.

Bremen. Zigarrensortierer, Packer und Kistenbekleber! Bei der Firma Schröder und Donop bestehen Differenzen. Die Sortierer, Packer und Kistenbekleber werden die Fabrik deshalb meiden, bevor nicht die Sperre wieder aufgehoben ist.

Bischofswerda. Bei der Firma E. Lange sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

Herzberg a. Harz. Wegen Differenzen ist über die Fabrik von Sprehn u. Guhl die Sperre verhängt; es wird gebeten, den Zuzug fernzuhalten. Sämtliche Arbeiter sind ausgesperrt.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Lage (Lippe). In der Zigarrenfabrik von Fr. Hartmann sind Lohnabzüge gemacht worden. Alle Verbandskollegen sind abgereist. Ueber die Fabrik ist die Sperre verhängt. Alle benachbarten Zahlstellen wollen dieses den durchreisenden Mitgliedern mitteilen. Zuzug ist fernzuhalten.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Löbau i. S. Bei der Firma Carl Lätsch bestehen Differenzen. Es sind schon einzelne Mitglieder gemaßregelt worden. Zuzug ist darum strengstens fernzuhalten.

Der Bevollmächtigte.

Nußloch (Baden). Da wir gegenwärtig mit der Firma Simon u. Comp. in Lohndifferenzen stehen, resp. die Sortiererinnen, so möchten wir bitten, den Zuzug von Sortierern nach Nußloch strengstens fernzuhalten.

In Schwerin a. W. sind die Differenzen bei der Firma Ww. Quast erledigt.

Tabak überall.

Der amerikanische Tabak-Trust, welcher bei seinen Bestrebungen sich u. a. auch der deutschen Fabrikation zu bemächtigen, soweit nur in Dresden in der Zigarettenbranche durch die Firma Jasmatzi Fuß fassen konnte, sucht nunmehr sein Ziel auf dem Umwege über den Rohtabakhandel zu erreichen.

Um Mitte dieses Jahres erschien in Bremen (gleich wie in Hamburg, Antwerpen, Marseille 2c.) ein Teilhaber der vom Trust aufgekauften Packerfirma W. S. Mathews u. Sons in Louisville, welcher, indem er sich zum Vertreter des Trusts bekannte, mit größter Offenheit erklärte, er sei abgesandt, die Wege zu suchen und zu bahnen zum Weltmonopol, nicht nur der Fabrikation, sondern auch des Handels in Tabaken. Der Handel soll in sich begreifen nicht nur das Produkt der Vereinigten Staaten, sondern auch Havanna, Domingo, Brasil 2c.

Einige Zeit nach diesem Besuch begab sich der Inhaber der hiesigen Firma Ed. Barckhausen u. Co., Herr Bonse, mit seinem Prokuristen Herrn Schweighofer nach Neuyork und Louisville, von welcher Reise die Herren jetzt zurückgekehrt sind.

Da nun alle Anzeichen darauf hindeuten, daß genannte Bremer Firma mit der inzwischen aus dem Trust hervorgegangenen Firma Mathews u. Dortch in Louisville in Verbindung getreten sei, erlaubte man sich hier, bei Herrn Bonse dieserhalb anzufragen, worauf derselbe unter Vermeidung der direkten Beantwortung nur versicherte, mit der American Tobacco Company kein Abkommen getroffen zu haben.

Danach nimmt man in Bremen als erwiesen an, daß die hiesige Firma Ed. Barckhausen u. Co. die Interessen des amerikanischen Tabak-Trust vertritt.

Japanische Tabakindustrie.

Seit Einführung des Rohtabakmonopols und der Erhöhung der Tabakzölle in Japan hat sich die Tabakeinfuhr dieses Landes sehr bedeutend vermindert. Die Einfuhr von Rohtabak, die 1898 einen Wert von 9,5 und 1899 einen solchen von 10,7 Mill. Mark erreicht hatte, ging im Jahre 1901 auf 0,06 Mill. Mark herab, um 1902 allerdings, nachdem die vor Einführung des Monopols angehäuften Vorräte teilweise erschöpft waren, wieder auf etwa 2 Millionen Mark zu steigen. Japan selbst produzierte in den Jahren 1899 und 1900 durchschnittlich etwas über 400000 Doppelzentner pro Jahr. Der eingeführte Rohtabak stammt fast ausschließlich aus den Vereinigten Staaten. Was die Einfuhr von Fabrikaten betrifft, so unterliegt diese seit Oktober 1901 einem Wertzoll von 150 Prozent, vorher betrug der Zoll seit 1899 100 Prozent. Die Zigaretteneinfuhr ist, soweit sie nicht auf dem Wege des Schmuggels erfolgt, infolge der Zollerhöhungen, welche die Inlandsindustrie belebte, von 3,6 Mill. Mark im Jahre 1898 auf 45000 Mk. im Jahre 1902, die Einfuhr von Zigarren und sonstigen Fabrikaten gleichzeitig von 800000 auf 38000 Mark zurückgegangen. Von diesem Rückgange wurde auch die deutsche Tabakindustrie getroffen, die 1898 und 1899 erhebliche Mengen von Zigaretten und Zigarren nach Japan lieferte.

Dagegen hat der Export von japanischen Zigaretten, besonders nach China, in den letzten Jahren stark zugenommen; sein Wert belief sich 1902 auf 4,6 Mill. Mark gegen 280000 Mk. im Jahre 1898, wobei es sich wohl in der Hauptsache um das Produkt der in Japan mit amerikanischem Kapital gegründeten Zigarettenfabriken handeln dürfte. In andern Tabakfabrikaten belief sich der japanische Export im letzten Jahre auf etwa 70000 Mk., in Rohtabak auf rund 300000 Mk. Der Ertrag des Tabakmonopols stellte sich im Fiskaljahr 1901/02 auf annähernd 23 Mill. Mark. Jetzt will man es auch mit einem Fabrikationsmonopol in Japan versuchen, wie von uns schon im März dieses Jahres berichtet wurde und worüber wir demnächst ausführlichere Mitteilungen bringen werden.

Berichte.

Köln. Die Rheinische Zeitung schreibt: Als Musterarbeiter wurde gelegentlich des Streiks in der DuMontschen Zigarrenfabik von der Geschäftsleitung der als Streikbrecher eingetretene Zigarrenmacher Hallbauer hingestellt. Den übrigen Arbeitern wurde ausdrücklich empfohlen, sich an diesem Menschen ein Beispiel zu nehmen. Der Mustermensch wurde auch Vizemeister und, so groß war das Vertrauen seiner Arbeitgeber in ihm, daß sie diejenigen für böswillige Verleumder hielten, die behaupteten, Hallbauer sei ein alter Zuchthäusler. Vor vier Wochen etwa ist der Mustermensch aus Köln verschwunden, wie vermutet wird, nicht ohne zwingende Gründe. Was der Mann inzwischen getrieben hat, darüber belehrt uns ein Ausschnitt aus einer vom 31. August datierten Duisburger Zeitung folgenden Inhalts: „Auf der Karlstraße bemerkte in der Nacht zum Montag ein Sicherheitsbeamter einen Mann, der sich verdächtig benahm. Er stellte den Mann und nahm ihn, als er allerlei Ausreden machte, fest. Auf der Wache fand man bei ihm Meißel, Bohrer, Dietriche, Licht, Seife — alles Diebeswerkzeug. Der Verhaftete scheint es auf eine verlassene Wohnung abgesehen zu haben. Er ist als ein 41jähriger Zigarrenmacher aus Sachsen festgestellt worden."

Und in einer Notiz vom 2. September heißt es: „Der Einbrecher Reinhold Hallbauer aus Weißensand (Sachsen), der nach verschiedenen Einbruchsversuchen in vorvergangener Nacht verhaftet wurde, hat zugegeben, daß er wegen Sittlichkeitsverbrechens und mehreren Einbruchsdiebstählen bereits mit vieljährigen Zuchthausstrafen vorbestraft ist. Nachdem der wachthabende Polizeibeamte den Einbrecher durch mehrere Straßen in rasendem Laufe verfolgt hatte, gelang es ihm endlich, ihn an der Ecke der Karlstraße durch Anrennen zu Fall zu bringen. Um dem unvermeidlich drohenden Zuchthause zu entgehen, war der Verbrecher nicht einmal während fünf Revolverschüssen stehen geblieben. Er war mit einem fast fußlangen Dolchmesser an einer Lederkoppel bewaffnet und bis auf die kleinsten Einzelheiten zu seinem „Geschäfte" ausgerüstet. Nachdem er an den Ort des versuchten Einbruchs zurückgeführt worden war, gestand er achselzuckend die Tat ein und erklärte auf Befragen, er würde etwaigem Widerstande mit dem Messer entgegengetreten sein. Bei der Entwaffnung des Verhafteten zog der Beamte sich eine Schnittwunde an der Hand zu. Man vermutet, daß der Einbrecher an mehreren anderen Stellen während der letzten Wochen an verlassenen Wohnungen „gearbeitet" hat."

Wer kann es den Arbeitern verdenken, denen dieser Kerl als nachahmenswertes Beispiel hingestellt wurde, daß sie über seine Entlarvung Genugtuung empfinden!

Ottendorf. Verbesserungswerte Zustände herrschen in der Fabrik von Max Böhme in Niederottendorf. Ganz abgesehen von der unwürdigen Behandlung, lassen die Arbeitsverhältnisse viel zu wünschen übrig. Es fehlt öfters an Arbeitsmaterial; die Arbeiter müssen zuweilen selber abrippen und dabei wird ihnen auch noch das Nötige für Zurichtung abgezogen. Vergangene Woche mußten dieselben auch wieder drei Tage abrippen. Als sie am Sonnabend dafür eine Vergütung verlangten, wurde ihnen gesagt: Wem es nicht paßt, der kann gehen! Ueberdies gäbe er, der Prinzipal, bloß noch ℳ 50 Mk. für die geringste Sorte (früher gab es 7 Mk.). Die drei in Frage kommenden Arbeiter sehen sich deshalb veranlaßt, die Arbeit einzustellen. Zuzug ist streng fernzuhalten.